

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 248

März 2014

ALS STADTRÄTIN UND STADTPRÄSIDENTIN

BARBARA THALMANN

WIEDER ALS STADTRÄTIN

ESTHER RICKENBACHER

ALS PRIMARSCHULPRÄSIDENTIN

PATRICIA BERNET

IN DEN GEMEINDERAT

SP USTER – LISTE 2



Inhalt

Wir machen Politik für die Menschen dieser Stadt	3
Von Matthias Stammbach, Präsident der SP Uster	
«Uster ist für mich die Wohn- und Wirtschaftsstadt am Wasser»	4
Von Barbara Thalmann, Stadträtin und Kandidatin für das Stadtpräsidium	
«Ich will weiter einen Beitrag zur Lebensqualität der Bevölkerung leisten»	6
Von Esther Rickenbacher, Stadträtin	
«Eine gute Schule macht vor allem motivierte Lehrpersonen aus»	8
Von Patricia Bernet, Kandidatin für das Primarschulpräsidium	
Uster braucht mehr Raum für Kultur	10
Von Balthasar Thalmann, SP-Gemeinderat und Fraktionspräsident	
Bedürfnisse der Familien ins Zentrum stellen	11
Von Claudia Wyssen, SP-Gemeinderätin	
Liste 2: Alle Gemeinderats-KandidatInnen auf einen Blick	12-13
Gute Arbeitsbedingungen führen zu guter Pflegequalität	14
Von Julia Amherd, SP-Gemeinderätin	
Die neue Altersstrategie jetzt auch umsetzen	15
Von Walter Strucken, SP-Gemeinderat	
Uster braucht mehr bezahlbaren Wohnraum	16
Von Markus Weder, SP-Gemeinderat	
Investitionen sind nicht ohne Geld zu haben	17
Von Markus Wanner, SP-Gemeinderat	
Die Stimme der Jugendlichen muss gehört werden	18
Von Seyhan Kähya, SP-Gemeinderat	
Integration beruht immer auf Gegenseitigkeit	19
Von Kathrin Agosti, Kandidatin für den Gemeinderat	
Wecken wir das Zentrum aus dem Dornröschenschlaf	20
Von Monika Fitze, Kandidatin für den Gemeinderat	
Die Energiewende jetzt auch lokal umsetzen	21
Von Florin Schütz, Kandidat für den Gemeinderat	
Von einem vielfältigen Vereinsleben profitieren alle	22
Von Laurent von Rotz, Kandidat für den Gemeinderat	
Uster ist eigentlich eine ideale Velostadt	23
Von Karin Niedermann, Kandidatin für den Gemeinderat	
Mehr Wasser für alle Schwimmbegeisterten	24
Abstimmung vom 30. März: Zweimal JA zum Ustermer Hallenbad	
So stimmen Sie richtig	24
Wie Sie Ihre Wahlzettel ausfüllen können und sollten	

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster
www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei; Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage: 16 000 Exemplare; Erscheinungsweise: viermal im Jahr
Abonnement: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.–, auf PC 80–13431–8
Redaktion: Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredi Gut;
Layout: Ewald Feldmann; Druck: Ropress Zürich.

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Editorial



*E*s wurde viel geschrieben über das Resultat der Abschottungs-Initiative am 9. Februar. Der Nebel, wie es nach dem Ja weitergehen soll, hat sich dabei bislang noch nicht wirklich gelichtet. Fast etwas vergessen ging, dass am gleichen Wochenende auch noch drei andere eidgenössische und kantonale Abstimmungen stattfanden, die allesamt deutliche Siege für das progressive Lager brachten. Und in der Stadt Uster stimmten die Stimmberechtigten gar bei allen vier Vorlagen so, wie dies die SP empfahl.

*B*esonders gefreut hat mich aber das Resultat der Abstimmung zum Planungs- und Baugesetz (PBG): Neu werden die Gemeinden die Möglichkeit haben, die Nutzung von erneuerbaren Energien stärker zu fördern, indem sie in der Bau- und Zonenordnung festlegen, dass in einzelnen Gebieten der Anteil an erneuerbaren Energien höher als bisher sein muss. Zentral dabei ist, dass dieser Anteil nicht von oben verordnet wird, sondern dass jede Gemeinde selber entscheiden kann. Das nennt man Gemeindeautonomie. Weshalb sich die bürgerlichen Parteien dagegen sträubten, bleibt mir ein Rätsel, ist für sie doch ansonsten die Gemeindeautonomie das oberste Gebot.

*G*enau gleich wird die Ausgangslage im September sein: Auch dann geht es an der Urne um eine Änderung des PBG. Mit dieser sollen die Gemeinden festlegen können, dass bei Aufzonungen ein gewisser Anteil an erschwinglichem Wohn- und Gewerberaum erstellt werden muss. Aber auch hier: Die Gemeinden entscheiden selber, ob sie dieses Instrument brauchen wollen oder nicht. Und das ist auch gut so: Dort, wo der Druck auf dem Wohnungsmarkt gross ist, erhalten die Gemeinden so ein Instrument in die Hand, um diesen Druck zu lindern. Und dort, wo er nicht spürbar ist, kann man darauf verzichten. Ich hoffe sehr, dass die für die erste Abstimmung geschmiedete Koalition aus progressiven Kräften und vernünftigen bürgerlichen Gemeindepräsidenten auch bei der zweiten hält.

*N*un widmen wir uns aber zuerst einmal den Wahlen vom 30. März. In dieser FORUM-Wahlnummer stellen wir Ihnen die wichtigsten KandidatInnen der SP Uster für die Stadtrats- und Gemeinderatswahlen vor. Die Interviews und Artikel zeigen, dass die SP auch dieses Jahr eine breite Palette von engagierten Persönlichkeiten zur Wahl vorschlagen kann. Nun liegt es an Ihnen, den Wählerinnen und Wählern, zu entscheiden, in welche Richtung sich Uster in den folgenden vier Jahren entwickeln soll. Nutzen Sie die Gelegenheit.

Stefan Feldmann, SP-Kantonsrat

Zu den Gemeindewahlen vom 30. März 2014

Wir machen Politik für die Menschen dieser Stadt

Liebe Ustermerinnen und Ustermer

Der Jahresanfang 2014 hat es politisch in sich: 9. Februar 2014 und 30. März 2014 – zwei wichtige Termine in der Agenda jeder Stimmbürgerin, jedes Stimmbürgers. Der 9. Februar ist inzwischen verstrichen und hat mit der äusserst knappen Annahme der Abschottungs-Initiative der Schweiz eine Zukunft mit vielen Unsicherheiten beschert. Aber wir durften auch zur Kenntnis nehmen: In Uster wurde die Initiative deutlich abgelehnt. Um unsere Zukunft geht es nun aber auch am 30. März: Da haben es die Ustermer Stimmberechtigten in der Hand, die politische Richtung für unsere Stadt vorzugeben. Die SP Uster ermöglicht Ihnen eine klare Wahl: Mit Barbara Thalmann fürs Stadtpräsidium, Esther Rickenbacher für den Stadtrat und Patricia Bernet für das Primarschulpräsidium schlägt sie überzeugende Kandidatinnen zur Wahl vor.

Anders als vor vier Jahren, als die SP Uster den «Luxus» hatte, mit drei Bisherigen antreten zu können, die allesamt auch mit Spitzenresultaten bestätigt wurden, ist die Ausgangslage diesmal eine völlig andere: Sowohl das Stadt- als auch das Primarschulpräsidium sind vakant und bei beiden Präsidien gibt es Kampfwahlen – aus demokratischer Sicht erfreulich, aus Sicht einer Partei, die sich daran beteiligt, aber auch eine Herausforderung.

Die SP Uster ist in der glücklichen Lage, mit Kandidatinnen antreten zu können, die alle Voraussetzungen für das angestrebte Amt mitbringen und über einen überzeugenden Leistungsausweis verfügen. Mit Barbara Thalmann, bisherige Stadträtin und erfolgreiche Vorsteherin der Sozialabteilung, und mit Patricia Bernet, ehemalige Gemeinderätin mit viel Führungserfahrung als Geschäftsführerin der Greifensee-Stiftung, kann die SP für die beiden Präsidien zwei weit über die Parteigrenzen hinaus bekannte und geschätzte Persönlichkeiten ins Rennen schicken. Und mit Esther Rickenbacher kandidiert eine weitere bewährte und erfahrene SP-Politikerin, welche in den nächsten vier Jahren im Stadtrat die von ihr vorangetriebenen Projekte, insbesondere die Sanierung und Erweiterung des Hallenbads, erfolgreich zu Ende führen will.

Ich bin überzeugt, dass wir den Stimmberechtigten drei Kandidatinnen vorschlagen, welche



Am 30. März werden die Karten im Stadthaus neu gemischt: Die SP hofft, sowohl aus den Stadtrats- als auch aus den Gemeinderatswahlen gestärkt hervorzugehen.

neben Sachverstand, Wissen und politischer Erfahrung auch das nötige Gefühl dafür mitbringen, was es für das Wohl aller Menschen in Uster braucht, und nicht nur für das von wenigen.

Die SP Uster ermöglicht den Stimmberechtigten mit ihrem Dreierticket auch eine klare Wahl: Wer Barbara Thalmann, Esther Rickenbacher und Patricia Bernet wählt, weiss, dass diese Kandidatinnen nicht nur haushälterisch mit den Finanzen der Stadt umzugehen wissen, sondern darüberhinaus mehr wollen für unsere Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner: Sie wollen Uster nicht nur verwalten, sie wollen die Stadt gestalten. Sie wollen endlich ein Zentrum, dass diesen Namen verdient. Sie stehen ein für eine Politik, welche Kultur und Sport in der Breite fördern will, aber auch exzellente Leistungen würdigt. Sie wollen eine Bildungspolitik, welche bei der Frühförderung der Kleinsten anfängt und aufhört, wenn der letzte Jugendliche erfolgreich seine Lehre absolviert hat.

Neben der Exekutive ist im politischen Gefüge der Stadt Uster natürlich das Parlament von herausragender Bedeutung. Wie knapp die Mehrheitsverhältnisse dabei sein können, haben die letzten vier Jahre gezeigt. Sie haben auch gezeigt, dass für eine erfolgreiche Politik in unserer Stadt eine starke sozialdemokratische Fraktion

unabdingbar ist. Der SP-Fraktion ist es in den letzten vier Jahre gelungen, für ein soziales und ökologisches Uster einzutreten, hat es aber auch immer wieder verstanden, mit Vorstössen das klassische Links-Rechts-Schema aufzubrechen und überparteiliche Lösungen zu finden. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang etwa an die Zentrumsentwicklung, das Schulhaus Krämeracker oder den jüngsten Anlauf, den gordischen Knoten an der Schifflände endlich zu durchschlagen. Wer also die SP-Liste 2 einwirft, weiss, dass er oder sie damit nicht eine Politik der Partikularinteressen unterstützt, sondern eine Politik, die die Menschen dieser Stadt und die Stadt als Lebenszentrum in den Mittelpunkt stellt.

Ich bin überzeugt, dass die Ustermer Stimmberechtigten am 30. März mit viel Sachverstand den Leistungsausweis der Kandidatinnen und Kandidaten sowie ihrer Parteien beurteilen werden – und dann Barbara Thalmann zur Stadtpräsidentin, Esther Rickenbacher wieder in Stadtrat, Patricia Bernet zur Primarschulpräsidentin und die Liste 2 in den Gemeinderat wählen werden. Vielen Dank für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung!

Matthias Stammbach, Präsident SP Uster

Weitere Informationen zum Wahlkampf finden sie unter: www.sp-uster-wahlen.ch

Stadtratswahlen: Interview mit Barbara Thalmann, SP-Stadträtin und Kandidatin für das Stadtpräsidium

«Uster ist für mich die Wohn- und Wirtschaftsstadt am Wasser»

FORUM: Barbara Thalmann, Du gehörst dem Stadtrat seit acht Jahren an. Jetzt hast Du Dich dafür entschieden, als Nachfolgerin von Martin Bornhauser fürs Stadtpräsidium zu kandidieren.

Was hat Dich zu diesem Schritt motiviert?

Barbara Thalmann: Die Arbeit in der Exekutive gefällt mir ausserordentlich gut. Nach acht sehr interessanten Jahren als Vorsteherin der Sozialabteilung Uster möchte ich nun aber gerne ein neues Aufgabengebiet anpacken. Beim Stadtpräsidium sind Themen angesiedelt, die mich schon immer sehr stark interessiert haben: Stadtentwicklung, Kultur oder Kinder- und Jugendfragen. Ich sehe im Stadtpräsidium ein vielfältiges und breites Betätigungsfeld, das sich auch mit meinen Interessen deckt.

Das Stadtpräsidium ist ja seit vier Jahren ein 80 Prozent-Pensum.

Inwiefern hat das Deinen Entscheid mitbeeinflusst? Schliesslich wirst Du bei einer Wahl Deinen bisherigen Beruf aufgeben müssen.

Ich bin mir bewusst, dass ich meinen bisherigen Beruf in dieser Form aufgeben muss. Aber ich bedauere das nicht. Als nebenamtliche Stadträtin ist man mit Beruf und Politik auch einer Doppelbelastung ausgesetzt, die nicht immer einfach ist. Jetzt habe ich mich dafür entschieden, ganz auf die Politik zu setzen und mich mit ganzem Herzen für unsere Stadt einzusetzen.

Und was willst Du als neue Stadtpräsidentin erreichen? Was sind Deine wichtigsten Projekte?

Ganz zentral ist für mich die urbane Entwicklung von Uster. Dazu zähle ich vor allem die Entwicklungen im Zentrum von Uster und auf dem Zeughausareal, die Idee der «Blauen Achse» entlang des Aabachs und das Engagement der Stadt bei Kultur, Sport und Vereinen. Ich möchte, dass auch in Zukunft gute Siedlungen in Uster entstehen, die für die Menschen bezahlbar sind und die Durchmischung fördern. Und ich möchte, dass in Uster weiterhin gearbeitet werden kann. Vergessen wir nicht: Auch Firmen und Kleinunternehmen geraten bei steigenden Bodenpreisen schnell unter Druck. Die «Wohn-



stadt am Wasser» darf sich in meinen Augen noch um ein W erweitern: «Die Wohn- und Wirtschaftsstadt am Wasser».

Du hast es angesprochen: Ein zentrales Thema der Ustermer Politik ist die Zentrumsplanung. Wie siehst Du die Entwicklung?

Ich erinnere mich noch gut an die Diskussionen, die wir Ende der 90er Jahre im Zusammenhang mit dem Kern Nord geführt haben. Ich war damals frisch im Gemeinderat. Wir hatten hochfliegende Pläne von einem lebendigen Zentrum, das zum Flanieren und Verweilen einlädt.

Ich werde mich mit voller Kraft und vollem Elan für diese Stadt einsetzen.

Ich will den Kern Nord nicht schlechtreden, aber die Erwartungen haben sich klar nicht erfüllt. Beim Rest des Zentrums müssen wir uns deshalb fragen: Was muss anders laufen, damit es nicht zur gleichen Enttäuschung kommt? Und da ist

für mich klar: Ganz zentral ist die Gestaltung des öffentlichen Raums. Hier spielt sich das Leben ab, Läden, Cafés und Restaurants sind darauf ausgerichtet. Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass der Verkehr und das Publikum geschickt geführt werden, so dass Leben und Begegnung möglich sind. Ganz entscheidend sind aber auch engagierte Detailisten, die nach dem Motto «zusammen sind wir stark» die gemeinsamen Interessen in den Vordergrund stellen.

Das ist ja alles schön und gut, aber wie willst Du das erreichen? Was kann die Stadt hierzu beitragen?

Die Politik muss den Rahmen schaffen, damit ein Entwicklungsprozess stattfinden kann. Die verschiedenen Interessen müssen klar auf den Tisch, nur dann kann auch ein Interessenausgleich stattfinden. Auch daran ist der Kern Nord gescheitert: Es gab zu viele unterschiedliche Vorstellungen. Der Stadtrat hat bezüglich Zentrumsplanung vieles richtig aufgegleist, aber er darf jetzt nicht die Zügel aus der Hand geben. Wir müssen es schaffen, eine Aufbruchstimmung auszulösen. Es muss attraktiv sein, in Uster ein Geschäft zu führen; es muss interessant sein, zu investieren; es muss Spass machen und Freude bereiten, in Uster einzukaufen und auszugehen.

Uster macht mit dem Slogan «Wohnstadt am Wasser» Werbung für sich. Doch viele Familien finden in Uster nur mehr schwer eine bezahlbare Wohnung. Was muss hier geschehen?

Es ist in der Tat ein Problem: Wenn sich in Uster die Miet- und Bodenpreise weiterhin nur gegen oben entwickeln, muss die Stadt Gegensteuer geben. Sie kann zum Beispiel mit Wohnbaugenossenschaften zusammenarbeiten, deren Mietpreise auf lange Sicht günstiger sind als reine Marktmieten. Die Stadt kann im Zuge von Gestaltungsplänen oder auf eigenem Land gemeinnützige Wohnbauträger den Vorzug geben. Nebenbei bemerkt, haben wir das Problem der steigenden Mieten auch beim Gewerbe. Gerade kleinere Gewerbebetriebe leiden heute unter der Preisentwicklung. Aber wir wollen und können es doch nicht zulassen, dass es in Uster irgend-



Barbara Thalmann auf der Holzbrücke über den Zellweger-Weiher: «Die urbane Stadtentwicklung ist für die künftige Attraktivität von Uster entscheidend.»

wann keinen Schreiner oder keinen Sanitärinstallateur mehr gibt, weil diese die Mieten nicht mehr bezahlen können.

Und was muss darüberhinaus gemacht werden, damit Uster für Familien, aber auch für alle anderen zu einer Wohnstadt wird, in der es sich zu leben lohnt?

Grundsätzlich meine ich, dass es sich schon heute lohnt, in unserer Wohnstadt am Wasser zu wohnen. Aber noch einmal: Wohnen allein ist nicht das Ziel, wir brauchen in unserer Stadt auch Arbeitsplätze. Wohnen und Arbeiten am selben Ort muss möglich sein und ist auch eine Antwort auf die zunehmenden Verkehrs- und Pendlerprobleme in der Schweiz.

Als Stadtpräsidentin ist man traditionellerweise für die Kultur zuständig. Was ist Dir in diesem Bereich wichtig?

Eine lebendige Kultur ist für eine Stadt sehr wichtig: Sie fördert die Identifikation nach innen und leuchtet nach aussen. Sie ist der Boden unseres Zusammenlebens. Erfreulicherweise haben wir in Uster eine grosse und vielfältige Kulturszene. Diese gilt es zu fördern und zwar

so, dass etablierte Kulturinstitutionen, Nischen- und Vereinskultur nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Stadt Uster soll Kultur als Gesamtes unterstützen.

Natürlich sind auch immer die Finanzen ein Thema. Die Stadt Uster, darüber sind sich alle Parteien einig, schiebt einen Investitionsberg vor sich her. Wie kann dieser abgebaut werden?

Es ist eine Tatsache, dass sich Investitionen oft nicht so schnell umsetzen lassen, wie man sich das gerne wünscht. Aber wir sollten jetzt auch nicht wie das Kaninchen auf den Investitionsberg starren: Die Stadt Uster kann realistischerweise jährlich etwa 25 Millionen an Investitionen verkraften. Das müssen wir über die kommenden Jahre richtig planen und umsetzen. Und dass eine Stadt sorgfältig mit ihren finanziellen Mitteln umzugehen hat, ist für mich sowie keine Frage. Das hat aber nichts mit links oder rechts zu tun. Gerade die von mir geführte Sozialabteilung zeigt, dass es möglich ist, mit den Mitteln haushälterisch umzugehen, haben wir doch im gesamtschweizerischen Vergleich hier sehr tiefe Kosten.

Bei einer Wahl als Stadtpräsidentin ist nicht ausgeschlossen, dass Du als Sozialdemokratin mit einer bürgerlichen Mehrheit regieren musst und allenfalls auch Mehrheitsentscheide vertreten musst, die nicht in Deinem Sinne sind. Für Dich kein Problem?

Nein, die Situation kenne ich ja seit acht Jahren. Aber man muss auch sagen, dass sich im Stadtrat nicht immer alles entlang der Parteigrenzen abspielt. Ideologie spielt eine viel weniger grosse Rolle als im Parlament. Ich bin sicher: Der Stadtrat wird auch unter meiner Leitung an einem Strick und gemeinsam in eine Richtung ziehen, denn nur das bringt die Stadt weiter.

Kannst Du abschliessend ganz kurz sagen, weshalb man Dich wählen soll?

Wenn ich gewählt werde, werde ich mich mit voller Kraft und vollem Elan für diese Stadt und seine Bevölkerung einsetzen. Ich will dafür sorgen, dass sich die Menschen, die hier leben, wohl fühlen und dass sie Uster als ihre Heimat verstehen.

Mehr Infos zur Person unter: www.barbara-thalmann.ch

Stadtratswahlen: Interview mit Esther Rickenbacher, SP-Stadträtin

«Ich will weiter einen Beitrag zur Lebensqualität der Bevölkerung leisten»

FORUM: Esther Rickenbacher, vor vier Jahren haben Dich die Ustermer Stimmberechtigten zum dritten Mal in den Stadtrat gewählt. Wie fällt Deine Bilanz der letzten vier Jahre aus?

Esther Rickenbacher: Henry Ford hat einmal gesagt: «Zusammenkommen ist ein Beginn; Zusammenbleiben ist ein Fortschritt; Zusammenarbeiten ist ein Erfolg.» Dem ist so und wenn ich auf die letzten vier Jahre zurückschaue, so kann ich sagen, dass wir vieles erreicht haben. Im Bereich «Abfall und Umwelt» haben wir die Quartiersammelstellen ausgebaut, ein Gratis-Recyclingdienst für die ältere Bevölkerung sowie die kostenlose Grünabfuhr eingeführt. Im Sportbereich haben wir ein Kunstrasenfeld im Buchholz und eine Beach-Volleyball-Anlage im Strandbad erstellt. Und natürlich auch die Planung für die Sanierung und die Erweiterung des Hallenbades an die Hand genommen. Im Alters- und Pflegebereich haben wir das neue Pflege- und Spitexzentrum Im Grund sowie das Spitexzentrum in Uster-West eröffnen können. Und ganz zentral: Wir haben die neue Altersstrategie erarbeitet.

Wenn ich da einhaken darf: Was bringt uns diese neue Altersstrategie?

Sehr viel. In einem dreijährigen, spannenden Prozess haben wir in vielen Workshops mit allen Beteiligten der Altersarbeit alle möglichen Themen besprochen, evaluiert und diskutiert. Der Aufwand hat sich gelohnt: Die seit September vorliegende Altersstrategie finde ich gelungen. Sie zeigt auf, mit welchen Massnahmen wir den kommenden Generationen von Alten ein bedarfsgerechtes, modernes und an der Selbsthilfe ausgerichtetes Altersangebot zur Verfügung stellen können.

Tönt ja gut und recht. Nur ist es das eine, neue Strategien zu beschliessen; etwas ganz anderes ist es, dann die dafür benötigten Finanzen zur Verfügung zu stellen. Bist Du hoffnungsfroh, dass der Gemeinderat bei der Umsetzung auch wirklich mitmacht?

Davon bin ich überzeugt. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind sinnvoll und sehr gut begründet und guten Argumenten verschliesst sich der Gemeinderat in der Regel nicht. Dass diese



Hoffnungen berechtigt sind, zeigt die Tatsache, dass das Parlament in der Budgetdebatte letzten Dezember für ein erstes und sehr wichtiges Element der Altersstrategie grünes Licht gegeben hat: Wir dürfen nun die Anlauf- und Beratungsstelle Alter einrichten. Darüber freue ich mich sehr, sind doch frühere Anläufe immer gescheitert. Die neue Altersstrategie hat nun aber auch ehemaligen Zweiflern gezeigt, dass diese An-

Die Finanzierung der Alterspflege wird für uns alle eine grosse Herausforderung werden.

laufstelle notwendig ist. Sie wird nun betagte Menschen und deren Angehörige über alle zentralen Lebensbereiche wie Wohnen, Betreuung und Pflege sowie Entlastungsangebote informieren. Als nächstes steht nun die künftige Angebotsgestaltung an, die auch eine kritische Be-

urteilung des bestehenden städtischen Angebots beinhaltet. Ziel ist es, den jetzigen und künftigen Bedarf an Pflege und Betreuung, sei er ambulant, sei er stationär, in unserer Region zu erfassen. Das ist auch wichtig, weil wir so die nötigen Kenntnisse für die Finanzierung der Angebote und Leistungen erhalten. Denn klar ist: Die Finanzierung der Alterspflege wird für uns alle eine grosse Herausforderung werden. Wir tun also gut daran, diese auf einer guten Basis anzugehen.

Du hast in der letzten Legislatur auf die Schaffung eines Labels «Gesundheitsstadt» hingearbeitet. Die Stadt Uster hat dieses vor einigen Monaten auch tatsächlich erhalten. Sicherlich ein Höhepunkt der letzten Legislatur, oder?

Ja, das war ein schöner Erfolg. Damit fand unsere Pionierarbeit Anerkennung, der Einsatz aller Beteiligten wurde belohnt. Allerdings wurde uns erst das Bronze-Label verliehen. Wir wissen aus einer Standortbestimmung, dass insbesondere in der Prävention und auch bei der medizinischen Versorgung weiteres Potenzial vorhanden ist, dass die Koordination und Darstellung der Leistungsangebote verbessert werden kann. Wir möchten mittelfristig das Silber-Label erlangen. Wobei nicht das Zertifikat als solches das Erstrebenswerte ist, sondern vielmehr der Weg dahin.

Ein anderes Thema, dass Dich seit vielen Jahren stark beschäftigt, ist das der Bäder, sowohl was das Seebad Niederuster betrifft, als auch das Hallenbad. Wo stehen die Projekte aktuell? Und was sind die nächsten Schritte?

Wir haben dem Gemeinderat eine Betrachtung über alle drei Bäder der Stadt vorgelegt. Das Parlament hat diese Drei-Bäder-Betrachtung noch angepasst und will statt einem Strand im Strandbad die dortigen Schwimmbecken erhalten. Das Dorfbad soll sanft renoviert werden. Am umfangreichsten ist aber natürlich die Erweiterung und die Sanierung des Hallenbades, über das wir am 30. März abstimmen werden. Die Becken werden saniert und um ein 50 Meter-Becken erweitert, der Kleinkinderbereich wird vergrössert und ein neuer Wellnessbereich eingerichtet. Ich



Esther Rickenbacher vor der Sporthalle Buchholz: «Die Breite meiner Abteilung, von den Heimen über den Sport bis hin zum Recycling, gefällt mir ausserordentlich gut.»

hoffe sehr, dass das Projekt die Zustimmung der Stimmberechtigten findet, so dass die verschiedenen Ansprüche von Bevölkerung, Schulen und Sportclubs dank mehr Wasser abgedeckt werden können.

Du stehst einer Abteilung vor, welche ein sehr breites Spektrum an Themen abdeckt; vom Abfall über den Sport bis hin zur Spitex, der Alterspflege und zu den Heimen. Ist diese Verschiedenartigkeit der Aufgaben nicht manchmal etwas schwierig?

Es ist sicher sehr anspruchsvoll, aber auch ungemessen befriedigend. Nicht nur der unterschiedlichen Anforderungen, der Vielseitigkeit und Abwechslung wegen, sondern weil im Zentrum meiner Aufgaben immer der Mensch steht.

Und nun hast Du Dich entschieden, für eine vierte Amtszeit zu kandidieren. Was ist Deine Motivation dafür? Was sind Deine Ziele?

Ich kandidiere, weil ich auch weiterhin mit meinem engagierten Wirken einen Beitrag zur Lebensqualität der Bevölkerung von Uster leisten möchte. Die Stadt soll sich weiter entwickeln, nicht nur als begehrte Wohnstadt am

Wasser, sondern als regionales Zentrum mit Schwerpunkten wie Gesundheit und Bildung. Meine Motivation ist die Freude an der Aufgabe als Stadträtin, die ich ungebrochen und seit Amtsantritt verspüre. Mit vernetztem Denken und Handeln, mit meinem Wissen und der langjährigen Erfahrung, will ich die nächsten Jahre noch einige Marksteine zum Nutzen von uns allen setzen.

Du möchtest also in Deiner Abteilung bleiben? Keine Wechselgelüste?

Nein. Mein Ressort ist mir lieb. Ich würde die von mir initiierten Projekte, zum Beispiel die Erweiterung des Hallenbades, gerne weiterführen und zu einem Abschluss bringen. Das heisst nicht, dass ich mich einseitig ausrichten würde oder meine Interessen nicht breit gefächert wären. Ich gebe mich im Stadtrat zu allen Themen ein. Aber meine Präferenz ist klar.

Du bist als Sozialdemokratin Mitglied in einer mehrheitlich bürgerlichen Regierung. Fällt es Dir manchmal schwer, für etwas hinstehen zu müssen, dass Du so eigentlich nicht vertreten möchtest?

Dank meiner breiten Ausbildung, meiner sozialdemokratischen Grundeinstellung und dem feinen politischen Gespür, das ich mir über all die Jahre aneignen konnte, trete ich nicht nur mit Empathie, sondern differenziert und sachbezogen auf. So kann ich mich im Stadtrat gut einbringen. Und wenn sich halt einmal eine andere Meinung durchsetzt, dann muss ich als Mitglied einer Kollegialbehörde damit umgehen können.

Kannst Du abschliessend ganz kurz sagen, weshalb man Dich wählen soll?

Werbespots in eigener Sache sind nicht wirklich mein Ding. Aber wenn es sein muss und auch etwas übertrieben daher kommen darf, dann erlaube ich mir zwei Sätze: «Wählen Sie mich, weil Politik mehr ist als Meinung; Führung und Vorbild klingen angenehm an, mit Weitblick und differenziertem Profil. Ich bin initiativ und erfahren: kreativ und exakt, flexibel, bedacht; bewegt und gefasst.»

Mehr Infos zur Person:
www.esther-rickenbacher.ch

Stadtratswahlen: Interview mit Patricia Bernet, Kandidatin für das Primarschulpräsidium

«Eine gute Schule machen vor allem motivierte Lehrpersonen aus»

FORUM: Patricia Bernet, warum kandidierst Du am 30. März 2014 für das Präsidium der Primarschulpflege?

Patricia Bernet: Die Schule ist eine der wichtigsten staatlichen Aufgaben überhaupt. Sie mitzugestalten, muss deshalb unser aller Interesse sein. Mein Interesse hat sich noch verstärkt, seit mein Sohn David zur Schule geht. Das gibt mir natürlich einen neuen, unmittelbaren Bezug, eine zusätzliche Motivation. Ich möchte meine Erfahrungen einbringen und mich dafür einsetzen, dass alle Kinder eine gute Bildung erhalten.

Was bringst Du denn für dieses Amt mit?

Die Primarschule Uster ist die grösste Schule im Kanton: 2'600 Schülerinnen und Schüler, deren Eltern, über 200 Lehrpersonen und Mitarbeitende. Sie ist also ein grosses Unternehmen. Und hier kann ich sicherlich viel an Erfahrung in den Bereichen Führung, Kommunikation und Strategieentwicklung einbringen. Bei der Greifensee-Stiftung bin ich seit 15 Jahren Geschäftsführerin, habe diese von Grund auf aufgebaut und führe heute 20 Mitarbeitende. Seit 2011 bin ich Verwaltungsrätin der Energie Uster AG und habe dort erfolgreich strategische Aufgaben übernommen.

Du hast es angesprochen: Dein Sohn geht in Uster in die Schule. Du kennst die Ustermer Schule also aus Elternsicht. Was sind Deine Erfahrungen?

David geht seit drei Jahren im Pünt in die Schule. Bevor er in dieses Schulhaus kam, hatte ich gehört, es gäbe dort aufgrund der multikulturellen Zusammensetzung viel Unruhe. Meine Erfahrungen waren dann andere: Das Pünt wird ja als Quims-Schule (Qualität in multikulturellen Schulen) vom Kanton unterstützt, so dass der Verschiedenheit der Kinder und Kulturen gut Rechnung getragen werden kann. Die Lehrpersonen sind sehr engagiert und es gibt eine Vielzahl von schönen Anlässen, wie den Räbeliechtle-Umzug, das Sternsingen und die Lesenacht. Die Schule spiegelt unsere Welt wieder und ich freue mich, dass unser Sohn Kinder aus vielen verschiedenen Familien und Kulturen kennenlernen kann, davon wird er auch als Erwachsener profitieren.



Was macht für Dich denn ganz grundsätzlich eine gute Schule aus?

In erster Linie motivierte Lehrpersonen, die bereit sind, eine Beziehung mit allen ihnen anvertrauten Kindern aufzubauen und ihnen als Vorbilder zur Seite stehen, und das nicht nur während der Unterrichtszeit. Lehrerinnen und Lehrer, die bereit sind, auf jedes Kind einzugehen, und die sich untereinander als Team verstehen.

Schule und Eltern haben ein gemeinsames Ziel: Eine gute Zukunft für die Kinder.

Wie willst Du die Ansprüche von Kindern, Eltern, Lehrpersonen und der Politik unter einen Hut bringen?

Für mich stehen die Bedürfnisse der Kinder an erster Stelle. Bei den Diskussionen über die schu-

lergänzende Kinderbetreuung, etwa beim Mittagstisch, scheint es ja oft so, dass es dabei vor allem um die Bedürfnisse der Eltern geht, weil beide Elternteile arbeiten wollen. Für mich steht aber das Kind im Zentrum: Für viele Kinder sind Mittagstische wichtig, weil sie hier einen zusätzlichen sozialen Raum finden, wenn sie zu Hause zu wenig gefördert werden. Gerade für diese Kinder ist es wichtig, dass sie einen guten Start ins Leben erhalten. Und diese Förderung zahlt sich aus: Sie spart dem Staat auf die Länge Millionen an Sozialleistungen.

Eine immer wieder gehörte Kritik an der Schule ist, dass sie sich heute nicht mehr auf ihre Kernaufgabe, also aufs Lesen, Schreiben und Rechnen konzentriert, sondern weiss Gott noch alles unterrichtet. Ist es wirklich nötig, immer neue Fächer einzuführen?

Unsere Gesellschaft ist nicht bei den alten Griechen stehen geblieben, wir leben heute in einer anderen Welt. Und deshalb ist es richtig, dass auch Themen wie der Umgang mit dem Computer oder mit Geld angesprochen werden. Wir dürfen die Kinder mit solchen Themen nicht alleine lassen. Klar ist für mich aber auch: Die Eltern können nicht

alles an die Schule delegieren, sondern müssen auch selber Verantwortung übernehmen.

Auf Deiner Website schreibst Du, dass Du eine Schule für alle willst.

Was heisst das?

Eine gute Bildung ist für den Start ins Leben enorm wichtig. Die Schule muss deshalb der Ort sein, wo unsere Kinder gemäss ihren Stärken unterstützt und gefördert werden – und zwar alle Kinder. Wenn wir über die Schule diskutieren, reden wir ja in aller Regel nur über kleine Gruppen, hier die Hochbegabten, da diejenigen, die man früher als Sonderschüler bezeichnet hat. Die

grosse Mehrheit der Kinder ist aber ganz «normal», aufmerksam und wissbegierig. Je weniger sie unter- oder überfordert sind, desto mehr steigen Freude und Erfolg am Lernen, desto besser ist ihr Start ins Leben.



*Patricia Bernet vor dem Schulhaus Dorf:
«Als Primarschulpräsidentin von Uster setze ich mich für den Erhalt und die Verbesserung von Tagesstrukturen ein.»*

*Thema Tagesschulen und Tagesstrukturen:
Wie stehst Du dazu?*

Ich erachte Tagesstrukturen als zwingend nötig. Sie sind heute aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken, auch weil oft beide Elternteile arbeiten wollen oder arbeiten müssen. Auch Tagesschulen unterstütze ich. Kinder profitieren nachweislich bei ihrer Sprachentwicklung und ihren sozialen Fähigkeiten. Tagesschulen sind ein zunehmend wichtiger Standortfaktor. Ob ein Kind in eine Tagesschule oder aber in eine Schule mit freiwilligen Betreuungsangeboten gehen will, das sollen die Eltern selber entscheiden können.

Was sind Deine Vorstellungen für die Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen?

Als Primarschulpräsidentin von Uster will ich eine Schule, in der sie sich auf den Unterricht konzentrieren können. Und gemeinsam mit den Schulleiterinnen und Schulleitern will ich eine Arbeits-Atmosphäre schaffen, die von Respekt, Wohlwollen und Vertrauen geprägt ist.

Und wie willst Du mit den Ansprüchen der Eltern an die Schule umgehen?

Eltern haben ein grosses Interesse an dem, was in der Schule passiert. Eltern und Erziehungsbeauftragte sind deshalb die wichtigsten Partner

der Schule. Ich will ein offenes Ohr für ihre Anliegen haben, etwa im Rahmen einer Sprechstunde. Denn letztlich haben wir alle ein gemeinsames Ziel: Eine qualitativ hochstehende Bildung für alle und damit eine gute Zukunft für unsere Kinder.

Die Kosten für die Bildung nehmen in Uster rund 30 Prozent der Finanzen in Anspruch. Da ist für die Politik natürlich die Versuchung gross, hier zu sparen. Was bedeutet das?

Wir müssen uns einfach vor Augen halten, dass 90 Prozent der Kosten der Primarschule gesetzlich vorgegeben sind. Da gibt es keinerlei Spielraum. Einsparpotential gibt es somit nur bei den restlichen 10 Prozent, beim Schwimmunterricht, bei den Ateliers für besondere Begabungen, bei den Freifächern oder den Klassenzimmern. Die einzige Massnahme, die eine massive Einsparung möglich machen würde, wäre eine Erhöhung der Klassengrössen. Grössere Klassen bedeuten aber letztlich, dass das einzelne Kind weniger Aufmerksamkeit erhält. Aufmerksamkeit erhielten dann vor allem jene sechs Prozent der Kinder, welche besonders stark oder besonders schwach sind. Und so stellt sich die Frage: Wollen die Eltern der anderen 94 Prozent wirklich, das ihr Kind weniger gefördert wird? Ich glaube das nicht.

Als Primarschulpräsidentin ist man ja auch Mitglied des Stadtrates, trägt also nicht nur für die Schule sondern für die ganze Stadt Verantwortung. Wie willst Du mit dieser Doppelrolle umgehen?

Jede und jeder im Stadtrat hat eine Doppelrolle, denn jedes Mitglied leitet ja eine eigene Abteilung. Ich werde mich prioritär mit Schulthemen beschäftigen, mich aber auch bei den anderen Themen einbringen, wie die anderen Mitglieder auch. Und Zusammenarbeit ist sowieso wichtig: Die Schulraumplanung funktioniert nicht ohne die Abteilung Liegenschaften. Die familienergänzende Betreuung braucht auch die Unterstützung der Abteilung Soziales.

Kannst Du abschliessend ganz kurz sagen, weshalb man Dich wählen soll?

Ich bin es gewohnt Verantwortung zu tragen, ich bin führungserfahren, kommunikativ und verstehe es, unternehmerisch und strategisch zu denken und zu handeln. Das ist nötig, um die grösste Schule im Kanton auf Kurs zu halten und dafür zu sorgen, dass unsere Kinder eine gute Bildung und damit einen guten Start ins Leben erhalten.

*Mehr Infos zur Person unter:
www.patricia-bernet.ch*

Gemeinderatswahlen: Balthasar Thalmann zur Zukunft der Kultur in Uster

Uster braucht mehr Raum für Kultur

In Uster steckt ein grosses Potenzial für Kultur. Kultur braucht aber Raum. Deshalb ist klar: Die Projektierung des neuen städtischen Kulturzentrums auf dem Zeughausareal muss unverzüglich an die Hand genommen werden. Und die leerstehende Villa am Aabach und die Untere Farb beim «Teckte Brüggli» sollen für kulturelle Nutzungen geöffnet werden. Denn Kultur ist letztlich die Seele der Stadt.

Von Balthasar Thalmann

Künstlerinnen und Künstler haben mir erzählt, dass sie gerne in Uster wohnen und wirken, weil es hier im Vergleich zu Zürich einfacher sei, sich zu vernetzen und sein Schaffen zu präsentieren. In Uster steckt also ein riesiges Potenzial für Kultur. Aber: Kultur braucht Raum. Räume mit unterschiedlichem Ambiente, die Künstlerinnen und Künstler inspirieren, Räume, die Besucherinnen und Besucher dazu einladen, Kultur zu erleben und zu geniessen. Dies ist in Uster nicht genügend der Fall.

Nehmen wir als Beispiel den Stadthofsaal: Er genügt den Ansprüchen an einen Konzert- und Theatersaal schon längst nicht mehr, an der Ustertag-Nachfeier wird regelmässig über den Veranstaltungsort gespottet. Das zeigt: Die Projektierung des neuen Kulturzentrums auf dem Zeughausareal muss unverzüglich an die Hand genommen werden.

Das neue städtische Kulturzentrum soll weit über Uster hinausstrahlen. Auf dem Zeughausareal muss ein Saal gebaut werden, in dem auch grosse Konzerte und Theater veranstaltet werden können – keine Mehrzweckhalle, sondern ein Kultursaal, so dass man nur schon alleine des Gebäudes, des Saals oder des gastronomischen Angebots wegen ein Konzert oder ein Theater besucht. Der neue Saal muss den Anspruch haben, das Epizentrum der Ustermer Kulturszene zu werden.

Neue Kulturhäuser am Aabach

Darüber hinaus braucht es aber noch mehr – Räume für kleinere Veranstaltungen. Die Villa am Aabach steht seit Jahren leer. Ebenso wird seit Jahren überlegt, was mit der Unteren Farb beim «Teckte Brüggli» gemacht werden soll. Beide Gebäude stehen mitten in einem Park: Die Villa am Aabach im Park am Aabach, die Untere



Balthasar Thalmann vor der Unteren Farb: «Drei kleine Kulturhäuser unter einem Dach wären ein interessantes neues Angebot.»

Farb im Stadtpark. Nichts ist also naheliegender als diese beiden Gebäude ebenfalls für kulturelle Nutzungen zugänglich zu machen.

Ich bin überzeugt, dass beide Häuser Potenzial haben, zu Orten der Begegnung, für kleine Konzerte, für Ausstellungen, Lesungen oder Diskussionen zu werden. Und spannend wäre es, wenn diese beiden Häuser mit der Villa Grunholzer, der Kulturpreisträgerin 2013, zusammengeführt werden könnten: Drei kleine, aber feine Kulturhäuser unter einem Dach! Bestünde so nicht die Möglichkeit, in Uster ein weiteres interessantes Kulturangebot zu schaffen? Ich meine ja, zumal durch das Wachstum der Stadt auch die Nachfrage nach solchen Angeboten vorhanden ist.

Politik muss ersten Schritt machen

Was es als erstes für eine solche Lösung braucht, ist der Wille der Stadt, die beiden Häuser Villa am Aabach und Untere Farb für kulturelle Nutzungen freizugeben. Heute werden sie nämlich noch als renditeorientierte Liegenschaften im städtischen Immobilienportfolio geführt. Dies

ist der erste, wichtige Schritt, für den alleine die Politik verantwortlich ist.

Als zweites ist eine geeignete Trägerschaft für diesen neuen Verbund der Kulturhäuser zu suchen. Hierbei sind verschiedenen Modelle denkbar: eine Organisation, die den Betrieb der Häuser übernimmt oder eine Stiftung, die grosszügig alimentiert wird und die neuen Kulturhäuser in Uster selbständig intendiert, betreibt und verwaltet.

Zugegeben: Bis wir soweit sind, ist noch ein weiter Weg zu gehen. Wichtig ist allerdings, dass sich die Stadt dazu bekennt, diesen Weg zu beschreiten. Ob dies gelingt, wird sich zeigen. Ich möchte mich jedenfalls dafür einsetzen und auf politischer Ebene die Wege dazu vorbereiten. Denn Kultur ist die Seele der Stadt.

Balthasar Thalmann (1976, Kirchuster) ist dipl. Kulturingenieur ETH und arbeitet als Raumplaner. Seit 2006 gehört er dem Gemeinderat an, ist Mitglied der Kommission Planung und Bau und präsidiert seit 2008 die SP-Gemeinderatsfraktion. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 1.

Gemeinderatswahlen: Claudia Wyssen über die Bedeutung der Familienpolitik für Uster

Bedürfnisse der Familien ins Zentrum stellen

Uster ist ein beliebter Wohnort für Familien: Wegen seiner schönen Lage, seinen Schulen, seiner guten Infrastruktur. Doch eine familienfreundliche Stadt entsteht nicht von alleine, dafür braucht es ein Bekenntnis der Stadt. Etwa zu kindgerechtem Wohnraum, zu guten Spielplätzen, zur familienergänzenden Betreuung, zur Jugendarbeit der Vereine oder aber zu einer Tagesschule. Denn ein solches Bekenntnis zahlt sich letztlich aus.

Von Claudia Wyssen

Eine Familie wird heutzutage als Lebensgemeinschaft definiert, bei der mindestens zwei Generationen zusammen in einem Haushalt leben. Das Spektrum der möglichen Lebensformen ist dabei so breit wie nie zuvor und entsprechend unterschiedlich sind die Bedürfnisse heutiger Familien, je nach Alter und Anzahl der Kinder, der beruflichen und finanziellen Situation der Eltern. Auf alle Bedürfnisse und Wünsche Rücksicht zu nehmen, ist nicht immer einfach, letztlich aber doch unerlässlich, beeinflusst sie doch die Attraktivität einer Stadt als Wohnort massiv.

Den Kindern Raum geben

Als erstes gilt es auf die Wünsche der Kinder einzugehen. Sie benötigen Raum, um Erfahrungen zu sammeln, die Welt zu erleben, gemeinsam mit anderen Kindern. Uster und seine Umgebung ist für Kinder bestens geeignet, Institutionen wie der Abenteuerspielplatz Holz wurm, das Familienzentrum oder die Naturstation Silberweide tragen das ihre dazu bei. Solchen Institutionen ist Sorge zu tragen, genauso wie den Spielplätzen auf städtischem Gebiet. Hier sparen zu wollen, wäre kreuzfalsch. Gerade beim Familienzentrum stehen wir aber vor einer Herausforderung: Da sich der Kanton aus der Finanzierung zurückzieht, müssen neue Lösungen gefunden werden. Hier ist die städtische Politik gefordert, denn das Zentrum leistet insbesondere bei NeuzuzügerInnen wichtige Arbeit, damit diese schnell in Uster heimisch werden.

Zentral ist natürlich auch ein gut funktionierendes und bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten, von Krippen, Horten oder Tagesmüttern. Die Stadt Uster hat hier in den letzten zehn Jahren eine gut funktionierende familienergänzende Betreuung aufgebaut, welche



Claudia Wyssen auf dem Spielplatz im Stadtpark: «Kinder benötigen Raum, um gemeinsam mit anderen Kindern die Welt zu erleben.»

auf die individuellen Lebensumstände der Familien Rücksicht nimmt. Was aber fehlt, ist ein Ferienhort: Viele berufstätige Eltern sind auf eine Betreuung ihrer Kinder auch während den Schulferien angewiesen, weshalb auf einen Ferienhort nicht verzichtet werden kann.

Tagesschule das Modell der Zukunft

Auch die Schulen müssen ihren Beitrag für ein familienfreundliches Uster leisten. Mit den schulergänzenden Tagesstrukturen wurde hier in den vergangenen Jahren schon viel gemacht, doch das Modell der Zukunft ist ohne Zweifel dasjenige der Tagesschule. Der Ustermer Gemeinderat hat letztes Jahr für einen Pilotversuch grünes Licht gegeben, nachdem eine Umfrage unter Eltern gezeigt hat, dass ein solches Angebot einem weitverbreiteten Bedürfnis entspricht. In der Tagesschule werden Kinder den ganzen Tag betreut, Unterricht und Aufgabenhilfe greifen ineinander. Auch können Erfahrungen mit altersdurchmischem Lernen gesammelt und der Schulalltag neu gestaltet werden. Erfahrungen aus anderen Ländern zei-

gen, dass sich dies positiv auf die Leistungen der Schülerinnen und Schüler auswirkt, insbesondere was die Sprachentwicklung betrifft.

Bibliothek erhalten und ausbauen

Zuletzt darf nicht vergessen werden, dass unsere Stadtbibliothek nicht nur ein wichtiger Träger des kulturellen Lebens ist, sondern auch ein wichtiger Treffpunkt für Familien, Kinder und Jugendliche. Vor einem Jahr gelang es dank einer Petition, die von über 1'600 Personen unterschrieben wurde, einen geplanten Abbau zu verhindern. Dies zeigt: Die Bibliothek geniesst grossen Rückhalt. Ihrem Angebot ist deshalb auch in Zukunft Sorge zu tragen, im Vergleich zu anderen Städten gleicher Grösse ist sogar ein Ausbau ins Auge zu fassen.

Claudia Wyssen (1979, Kirchuster) ist Hebamme. Sie ist seit 2006 Mitglied des Gemeinderates und dort Präsidentin der Kommission Bildung und Kultur. Im Amtsjahr 2009/2010 präsidierte sie den Gemeinderat Uster. Sie kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 2.



«Uster braucht mehr Raum für Kultur, denn sie ist die Seele unserer Stadt.»

Balthasar Thalmann (1976, Kirchuster) ist dipl. Kulturingenieur ETH und arbeitet als Raumplaner. Seit 2006 gehört er dem Gemeinderat an, ist Mitglied der Kommission Planung und Bau und präsidiert seit 2008 die SP-Gemeinderatsfraktion.



«Tagesstrukturen und Tagesschulen stärken den Bildungsstandort Uster.»

Claudia Wyssen (1979, Kirchuster) ist Hebamme. Sie ist seit 2006 Mitglied des Gemeinderates und dort Präsidentin der Kommission Bildung und Kultur. Im Amtsjahr 2009/2010 präsidierte sie den Gemeinderat.



«Eine qualitativ gute Pflege und Betreuung ist auch in Zukunft wichtig.»

Julia Amherd (1967, Oberuster) ist ausgebildete Pflegefachfrau und Berufsschullehrerin im Gesundheitswesen. Sie ist seit 2006 Mitglied des Gemeinderates und dort Präsidentin der Kommission Soziales und Gesundheit.



«Uster braucht mehr bezahlbaren Wohnraum für alle.»

Marius Weder (1973, Winikon) ist Jurist und Richter am Bezirksgericht Zürich. Er ist seit 2009 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit.



«Eine vorausschauende Finanzpolitik investiert in die Zukunft unserer Stadt.»

Markus Wanner (1962, Niederuster) ist Betriebsökonom FH und Finanzverwalter einer Gemeinde im Zürcher Unterland. Er ist seit 2010 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit.



«Jugendliche brauchen eine Stimme, die auch gehört wird.»

Seyhan Kähya (1991, Kirchuster) studiert an der ETH Zürich Agrarwissenschaften. Er ist seit 2012 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Planung und Bau.



«Wecken wir das Ustermer Stadtzentrum aus seinem Dornröschenschlaf.»

Monika Fitze (1965, Oberuster) ist Kindergärtnerin und Heilpädagogin. Sie arbeitet in Beratung und Weiterbildung im Schulbereich.



«Auch in Uster gehört die Zukunft den erneuerbaren Energien.»

Florin Schütz (1996, Oberuster) ist Gymnasiast und steht kurz vor der Maturaprüfung. Er ist Mitglied des Vorstandes Jusos Zürich Oberland.



«Vereine sind das Rückgrat unserer Stadt, tragen wir ihnen also Sorge.»

Laurent von Rotz (1973, Niederuster) ist Jugendpolizist bei der Stadtpolizei Uster und Präsident des Quartiervereins Niederuster.



«Auch im Alter sollen die Menschen in Uster in Würde leben können.»

Walter Strucken (1943, Wermatswil) ist Präsident des Vereins Wohngruppe Bachstei Uster. Er ist seit 2007 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Soziales und Gesundheit. Im Amtsjahr 2012/2013 präsidierte er den Gemeinderat.



Ali Özcan
(1974, Oberuster)
Logistiker FH, Aktuar
Diyanet Moschee Uster



Christoph Daeniker
(1984, Nossikon)
Sozialpädagoge, Mitglied
Vorstand SP Uster



Martin Camponovo
(1956, Rehbühl)
Hortner, Mitglied
Vorstand SP Uster



Marco Zarotti
(1952, Oberuster), selbst.
Berater, NL-Komitee Uni-
hockey-Verband



Timon Wüthrich
(1988, Oberuster)
Zweiradmechaniker



Mirjam Stauffer
(1969, Kirchuster)
Physiotherapeutin



Sabine Tobler
(1971, Wermatswil)
Juristin, Staatsanwältin



Patricia Morf
(1986, Oberuster)
Kauffrau, Maturandin KME,
Aktuarin Pro Jugend Uster



«Integration bedeutet ein gegenseitiges Aufeinanderzugehen.»

Kathrin Agosti (1964, Rehbühl) ist Physiotherapeutin und Juristin und arbeitet bei der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich. Sie ist Mitglied der Fachkommission Gesundheit der SP Kanton Zürich.



Daniel Wyssen
(1965, Kirchuster)
Bankangestellter, Vize-
präsident Lokremise



Kathrin Teuscher
(1968, Rehbühl)
selbst. Rechtsanwältin



Dora Rüeggsegger
(1958, Nänikon)
Verwaltungssekretärin



Marcel Scholl
(1971, Gschwader)
Jurist, Staatsanwalt



Kurt Hemmann
(1959, Wermatswil)
Schulleiter Heilpädagogische
Schule Uster



Vera Dubs-Simmen
(1955, Niederuster)
Primarlehrerin, Primar-
schulpflegerin



Hannes Dubach
(1983, Oberuster)
Jurist, Gerichtsschreiber



Lydia Hässig
(1960, Kirchuster)
Berufsschullehrerin



«Uster hat ideale Voraussetzungen, um zur Velostadt zu werden.»

Karin Niedermann (1964, Rehbühl) ist Physiotherapeutin und Dozentin an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (zhaw). Sie ist Mitglied des Vorstandes der SP Uster.



Samuel Grob
(1991, Nossikon)
Raumplanungszeichner



Ursual Graf-Ganz
(1956, Niederuster)
Vertreterin



Irène Vögeli
(1948, Oberuster)
Primarlehrerin



Stephan Hässler
(1958, Rehbühl)
Gastwirt, Kulturveranstalter,
Präs. Jazz Club



Regula Trüeb
(1959, Nänikon)
Berufsschullehrerin,
Bildungsrätin Kt. ZH



Adrian Eichenberger
(1964, Kirchuster)
Abteilungsleiter Sozial-
amt Kanton Zürich



Nikolai Prawdzic
(1989, Nossikon)
Politischer Sekretär



Matthias Stammach
(1964, Rehbühl)
Jurist, Staatsanwalt,
Präsident SP Uster

Gemeinderatswahlen: Julia Amherd über die Herausforderungen in der Pflege

Gute Arbeitsbedingungen führen zu guter Pflegequalität

Es ist kein Geheimnis: Wir leben heute immer länger. So erfreulich diese Tatsache grundsätzlich ist, sie stellt die Gemeinden auch vor grosse Herausforderungen. Im Jahre 2030 werden zum Beispiel dreimal mehr über 85jährige Menschen in Uster leben als heute. Viele von ihnen werden stationäre oder ambulante Betreuung brauchen. Darum ist klar: Um die Herausforderungen der demographischen Veränderung zu meistern, müssen wir schon heute handeln.

Von Julia Amherd

Hochrechnungen für Uster zeigen, dass bis ins Jahr 2030 die Zunahme von Menschen, die stationäre Pflege benötigen, um 50 Prozent wachsen wird. In der Spitex ist gar von einem Anstieg um 80 Prozent zu rechnen. Der Bedarf an Pflegepersonal ist dementsprechend gross, doch wie Studien zeigen, haben fast alle Pflegeheime in der Schweiz Probleme, geeignetes Personal zu finden. In Uster ist dies nicht anders als in der übrigen Schweiz.

Pflegeberufe attraktiver machen

Um junge Leute für eine Pflegeausbildung gewinnen und Pflegefachpersonen halten zu können, braucht es deshalb dringend einen kommunalen Masterplan «Personal» um konkurrenzfähig zu werden. Dazu gehören Bildungs- und Fördermassnahmen inner- und ausserhalb des Betriebs, die auf Nachwuchsförderung, Laufbahntwicklung und Verweildauer im Beruf und Betrieb, Wieder- und Quereinstieg und einen ausgewogenen Generationenmix zielen. Selbstverständlich gehört auch ein angepasster Lohn der Pflegenden aller Stufen dazu. Vor allem Berufsbildungsverantwortliche und BerufsbildnerInnen müssen aufgrund ihrer verantwortungsvollen Aufgaben endlich besser bezahlt werden. In den letzten Jahren wurden zwar viele Lehrstellen geschaffen, noch immer werden aber erst wenige diplomierte Pflegefachpersonen auf Stufe höhere Fachschule (HF) ausgebildet.

Aktuell haben mehr als die Hälfte der BewohnerInnen von Alters- und Pflegeheimen eine diagnostizierte Demenz oder zeigen Symptome einer solchen. Und mit dem Trend, dass ältere Menschen möglichst lange zu Hause bleiben, werden in Zukunft viele erst dann in ein Heim



Julia Amherd vor dem Pflegezentrum Im Grund: «Wir müssen die Pflegeberufe wieder attraktiver machen, wollen wir eine gute Pflegequalität für alte Menschen.»

eintreten, wenn die Demenz fortgeschritten ist. Dies erhöht den Pflege- und Betreuungsaufwand als auch die Kosten für die Betreuung in Alters- und Pflegeheimen. Die Pflege dementer Menschen erhöht die Anforderungen an das Personal. Deshalb braucht es gut ausgebildetes Pflegepersonal. Die Weichen müssen jetzt gestellt werden, damit in Zukunft genügend qualifiziertes Personal in Uster zur Verfügung steht. Die prognostizierte Zunahme dementer Menschen werden die Heime und die Spitex der Stadt Uster nicht alleine bewältigen können. Es braucht deshalb vermehrt den Dialog und die Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen und Akteure im Raum Uster, egal ob sie öffentlich-rechtlich oder privat organisiert sind. Nur gemeinsam meistern wir die anstehenden Herausforderungen.

Pflegende Angehörige besser stellen

Und einem weiteren Aspekt muss mehr Beachtung verschafft werden: Neben der Pflege in Alters- und Pflegeheimen werden viele Men-

schon zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt. Diese pflegenden Angehörigen, meistens Frauen, reduzieren dafür ihr Arbeitspensum. Damit nehmen sie grosse finanzielle Einbussen in Kauf, auch bei ihrer Altersvorsorge. Auf nationaler Ebene wurde deshalb ein Vorstoss zur finanziellen Entlastung pflegender Angehöriger eingereicht. Und ich habe mit einem Postulat im Ustermer Parlament angeregt, die Möglichkeit zu prüfen, die pflegenden Angehörigen über die Spitex in Teilpensen anzustellen. Leider will der Stadtrat im Moment nichts davon wissen. Doch ich bleibe dran: Ich sehe es als eine meiner Aufgaben, mich auch in Zukunft dafür einzusetzen, dass eine gute Pflegequalität aufgrund guter Rahmenbedingungen möglich ist.

Julia Amherd (1967, Oberuster) ist ausgebildete Pflegefachfrau und Berufsschullehrerin im Gesundheitswesen. Sie ist seit 2006 Mitglied des Gemeinderates und dort Präsidentin der Kommission Soziales und Gesundheit. Sie kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 3.

Gemeinderatswahlen: Walter Strucken zur Alterspolitik in der Stadt Uster

Die neue Altersstrategie jetzt auch umsetzen

Die Gemeinderatssitzung im vergangenen September hat mich speziell gefreut: Das Ustermer Parlament hiess damals die lang erwartete neue Altersstrategie gut. Endlich wurde das, was die SP schon lange gefordert hatte, eingelöst. Doch mit der Strategie alleine ist es natürlich noch nicht getan: Die guten Vor- und Ansätze müssen nun auch umgesetzt werden. Dabei muss das Selbstbestimmungsrecht für uns Alte in jedem Fall erhalten bleiben.

Von Walter Strucken

Beginnen wir mit guten Nachrichten: Die materielle Sicherheit der älteren Generation ist in der Schweiz dank den Ergänzungsleistungen zur AHV-Rente weitestgehend gesichert. In Uster beispielsweise gibt es seit Jahren praktisch keine Personen im AHV-Alter mehr, welche Sozialhilfe benötigen. Doch zu einem würdigen Leben im Alter gehört mehr als materielle Sicherheit. Deshalb hat die SP seit vielen Jahren darauf gedrängt, die Ustermer Alterspolitik auf neue Beine zu stellen, jahrelang vergebens. Am Ende aber doch mit Erfolg: In einem dreijährigen Prozess hat die Abteilung Gesundheit nun eine neue, umfassende Altersstrategie erarbeitet, welche im September vom Parlament ohne Gegenstimme gutgeheissen wurde. Bei der Umsetzung der Massnahmen wird sich allerdings noch zeigen müssen, ob die Reihen so geschlossen bleiben. Immerhin: Die erste wichtige Massnahme, die Einführung der Anlauf- und Beratungsstelle für das Alter, hat die Budgetdebatte überstanden.

Wahlfreiheit muss erhalten bleiben

Im letzten Jahr lebten in der Schweiz 121'400 ältere Personen in stationärer Pflege, 257'700 Personen beanspruchten Leistungen der Spitex. Während die Menschen in den Heimen Kosten von 9 Milliarden Franken verursachten, wurden für die Spitexleistungen 1,8 Milliarden Franken benötigt, also fünf Mal weniger. Es ist also klar, dass es sinnvoll ist, wenn die Menschen möglichst lange in den eigenen vier Wänden bleiben können. Wir müssen deshalb sicherstellen, dass der wachsende Bedarf nach Spitexleistungen auch in Zukunft gedeckt werden kann. Und es heisst, dass es dringend mehr hindernisfreie Alterswohnungen braucht, die auch bezahlbar



Walter Strucken am Wermatswiler Weiher: «Zu einem würdigen Leben im Alter gehört mehr als materielle Sicherheit.»

sind. Genossenschaften verstehen es besonders gut, geeignete Alterswohnungen in ihre Überbauungen zu integrieren. Sie sollen deshalb speziell gefördert werden. Und wenn ich mich trotz allem schliesslich für ein Altersheim oder eine Seniorenresidenz entscheide, ist es mir wichtig, dass diese Angebote in Uster genügend vorhanden und gut geführt sind.

Mobilität fördert Lebensqualität

Als ich kürzlich meinen Schwager in Australien fragte, was ihm hier bei uns wichtig wäre für den Fall, dass er nach über 40 Jahren wieder zurück in seine Heimat käme, sagte er spontan: «Eine bezahlbare Wohnung mit Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln, sodass ich ohne Auto auskommen und dennoch herumreisen kann.» Völlig richtig, und deshalb ist es wichtig, älteren Menschen die Nutzung des öffentlichen Verkehrs zu erleichtern. Dafür braucht es bedienungsfreundliche Automaten, gute Beschriftung der Anzeigen, Sitzgelegenheiten oder auch Bushäuschen an den Haltestellen. Ebenso muss der öffentliche Raum möglichst hindernisfrei gestaltet werden. Davon profitieren im übrigen

nicht nur ältere Menschen sondern auch Familien mit Kindern.

Potenzial der älteren Generation nutzen

In der Altersstrategie der Stadt Uster wird auch erwähnt, dass die Stellung der Menschen verbessert werden soll, welche freiwillige Arbeit leisten bei der Betreuung oder den Aktivitäten mit älteren Menschen. Hier braucht es neue Ideen, wie diese Arbeit aufgewertet und attraktiver gemacht werden kann. Auch gilt es, das Potenzial der älteren Menschen besser zu nutzen: Sie verfügen über einen riesigen Erfahrungsschatz und viele davon sind bereit, diese Erfahrungen an Jüngere weiterzugeben. Es braucht dazu entsprechende Projekte, welche durch die neue Anlauf- und Beratungsstelle angestossen werden könnten. Ich zähle darauf.

Walter Strucken (1943, Wermatswil) ist Präsident des Vereins Wohngruppe Bachstei Uster. Er ist seit 2007 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Soziales und Gesundheit. Im Amtsjahr 2012/2013 präsidierte er den Gemeinderat. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 4.

Gemeinderatswahlen: Marius Weder zur Wohnbaupolitik in Uster

Uster braucht mehr bezahlbaren Wohnraum

Die Wohnbaupolitik steht seit einiger Zeit wieder weit oben auf der politischen Agenda. Völlig zurecht: Gerade in der Agglomeration Zürich wird bezahlbarer Wohnraum für Familien immer knapper. Auch Uster ist gefordert, hier Gegensteuer zu geben. Etwa indem sie den genossenschaftlichen Wohnungsbau fördert. Oder indem sie eine hoffentlich kommende, neue Möglichkeit des kantonalen Planungs- und Baurechts nutzt.

Von Marius Weder

Eine im Jahr 2010 veröffentlichte Studie unter dem Titel «Preisgünstiger Wohnraum dank guter Raumplanung» hat gezeigt, dass in vielen Regionen Normalverdienende bei den Kosten für den Wohnraum zunehmend unter Druck geraten. Besonders von dieser Situation betroffen sind die grossen Städte. Immer mehr Leute können sich die hohen Wohnkosten nicht mehr leisten und sind gezwungen, Wohnraum in peripheren Lagen zu suchen. Das ist problematisch: Einerseits findet so eine Entmischung der Bevölkerung statt, andererseits steigen die Pendlerdistanzen an, was wiederum die Umwelt belastet. Zwar ist die Situation bei uns in Uster noch nicht so dramatisch wie etwa im Zürcher Seefeldquartier oder in einigen Goldküstengemeinden, aber auch bei uns sind entsprechende Tendenzen nicht zu übersehen. Auch hat sich das Problem in den letzten Jahren deutlich verschärft.

Wohnbaugenossenschaften fördern

In Uster ist in den letzten zehn Jahren vor allem Wohneigentum im mittleren und höheren Preissegment gebaut worden. Wir brauchen aber auch ein Angebot an bezahlbaren Wohnungen, insbesondere für Familien mit Kindern. Hier steht auch die Stadt Uster in der Pflicht: Sie muss städtisches Land vermehrt im Baurecht abgeben und insbesondere den genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Mit gutem Grund: Wohnbaugenossenschaften stellen nicht nur kostengünstigen Wohnraum zur Verfügung, sondern sie fördern auch gemeinschaftliche Einrichtungen überdurchschnittlich stark und leisten immer wieder wichtige Impulse für eine ökologischere und energiesparendere Bauweise. Um diesem Ziel einen kleinen Schritt näher zu kommen, hat die SP-Gemeinderats-



Marius Weder vor der Genossenschaftssiedlung Brandstrasse: «Uster braucht ein grösseres Angebot an bezahlbaren Wohnungen.»

fraktion mit Erfolg dafür gekämpft, dass die Stadt nicht weiter Land verkauft, nur um damit die Stadtkasse zu alimentieren. Als nächsten Schritt verlangen wir, das Bauland primär im Baurecht an Wohnbaugenossenschaften abgegeben wird.

Chance dank SP-Initiative

Auch könnten die Gemeinden schon bald ein anderes vielversprechendes Mittel für die Förderung von preisgünstigem Wohnraum in den Händen halten. Die SP Kanton Zürich hat mit einer Volksinitiative die Idee eingebracht, dass das sogenannte «Zuger Modell» auch im Kanton Zürich umgesetzt wird. Die SP konnte sich im Kantonsrat zwar damit nicht durchsetzen, das Parlament hat aber einen Gegenvorschlag verabschiedet, der dem ursprünglichen Modell sehr nahe kommt. Gemäss dem Vorschlag können Gemeinden inskünftig bei Ein- und Aufzonen vorsehen, dass ein gewisser Anteil der zu erstellenden Bruttogeschossfläche für den gemeinnützigen Wohnungsbau reserviert werden muss. Es ist gewissermassen ein Deal zwischen der Gemeinde und den Landbesitzern: Die

Gemeinde ermöglicht es den Besitzern ihr Land profitbringender zu nutzen, diese verpflichten sich im Gegenzug dazu, einen Anteil von kostengünstigen Wohnungen zu erstellen – eine klassische Win-Win-Situation.

Gegen diese Änderung des Planungs- und Baugesetzes haben bürgerliche Parteien das Referendum ergriffen, so dass die Vorlage im September zur Abstimmung kommt. Ich hoffe sehr, dass die Stimmberechtigten dieser Änderung zustimmen werden und die Gemeinden so ein einfaches und kostengünstiges Instrument erhalten, um für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Unabhängig davon aber wird die SP in jedem Fall auch in der kommenden Legislatur wiederum dafür kämpfen, dass es in Uster weiterhin ein Angebot an bezahlbaren Wohnungen gibt, insbesondere für Familien mit Kindern.

Marius Weder (1973, Winikon) ist Jurist und Richter am Bezirksgericht Zürich. Er ist seit 2009 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 5.

Gemeinderatswahlen: Markus Wanner über die Ustermer Finanzpolitik

Investitionen sind nicht ohne Geld zu haben

Eine lebendige und familienfreundliche Stadt? Bezahlbaren Wohnraum für junge Familien? Ein breites Freizeit- und Kulturangebot? Ein attraktives Zentrum mit guter Verkehrsanbindung? Wer möchte das nicht in Uster? Allzu oft vergessen geht dabei aber, dass dies alles nicht gratis zu haben ist. Investitionen sind nicht ohne Geld zu haben.

Von Markus Wanner

Seien wir ehrlich: Niemand bezahlt gerne Steuern. Erst wenn wir eine Gegenleistung dafür erhalten, sehen wir den Sinn von Steuern ein. Und diese Gegenleistung bekommen wir in Uster: Wie das Städte-Ranking 2013 der Zeitschrift «Bilanz» zeigt, ist Uster bezüglich Attraktivität an die 12. Stelle unter den Schweizer Gemeinden vorgerückt. Uster ist attraktiv für Jung und Alt, Uster boomt. Viele Leute zieht es nach Uster, nicht wegen den Steuern, sondern weil sie in Uster Lebensqualität finden. Um aber attraktiv zu bleiben, müssen wir weiterhin in die Zukunft unserer Stadt investieren, brauchen wir eine vorausschauende Finanzpolitik.

Attraktiver Steuerfuss

In den letzten sieben Jahren haben die bürgerlichen Parteien im Gemeinderat in mehreren Schritten eine Steuerfussenkung um acht Prozent auf 109 Prozent durchgesetzt. Im Vergleich mit anderen Städten ist dies ein tiefer Steuerfuss. Doch solche Steuerfussenkungen sind kurzfristig: Die Finanzplanung zeigt, dass Uster in den nächsten Jahren aufgrund der unaufschiebbaren, hohen Investitionen auf ein Defizit zu steuert. Und das Rezept der bürgerlichen Parteien dagegen? Neue Sparprogramme und Investitionskürzungen. Unter allen Umständen wollen sie den Steuerfuss tief halten oder gar weiter senken. Und vergrössern das Problem damit nur noch mehr, weil dann noch weniger Geld für Investitionen zur Verfügung steht. Dabei ist für die Attraktivität unserer Stadt nicht ein sinkender Steuerfuss ausschlaggebend. Wegen einem oder zwei Prozent weniger, zieht niemand nach Uster oder aus Uster weg. Die Attraktivität unserer Stadt ergibt sich aus der guten Lebensqualität, die sie bietet: Eine Wohnstadt, in der wir gerne einkaufen und die Freizeit verbringen, in der wir uns sicher bewegen, in der



Markus Wanner auf dem Zeughausareal: «Um attraktiv zu bleiben, müssen wir weiterhin in die Zukunft unserer Stadt investieren.»

wir ein hochstehendes Bildungsangebot vorfinden. Dafür braucht es aber Investitionen.

Das Geld sinnvoll einsetzen

In Uster stehen Investitionen von rund 200 Mio. Franken an. Alleine das neue Schulhaus Krämeracker II und das neue Hallenbad Buchholz sind mit über 70 Millionen Franken veranschlagt. Aber auch andernorts, im Stadtpark, im Entwicklungsgebiet Gerichtsplatz oder auf dem Zeughausareal mit dem neuen Kulturzentrum kommen weitere Investitionen auf uns zu. Und natürlich müssen auch bestehende Gebäude, wie beispielsweise die Schulhäuser, in Schuss gehalten werden. Das alles kostet Geld. Dank einem gesunden Nettovermögen von über 70 Mio. Franken kann ein Teil der erwähnten Investitionen aus den Reserven finanziert werden, aber nicht alles. Es fragt sich also, auf welche Projekte wir verzichten sollen, nur weil die Bürgerlichen lieber den Steuerfuss senken wollen? Auf das Kulturzentrum, auf das Hallenbad, auf sichere Velowege oder andere wichtige Projekte? Für die SP Uster ist klar: Wir wollen einen Mehrwert für alle Einwohnerinnen und Ein-

wohner, statt einen tiefen Steuerfuss, der sich auf der Steuerrechnung nur bei den wenigen Vielverdienenden spürbar niederschlägt.

Finanzen stabil halten

Können wir uns die 200 Millionen Franken Investitionen leisten? Ja, das können wir. Vorausgesetzt wir reduzieren nicht fahrlässig die Steuereinnahmen, denn davon haben die meisten Leute nichts. Die Senkung um ein Prozent führt im durchschnittlichen Ustermer Haushalt zu 25 Franken mehr im Portemonnaie, der Stadt Uster aber fehlt auf einen Schlag eine Million für Investitionen. Doch von diesen sinnvollen und nötigen Investitionen haben wir und nachfolgende Generationen letztlich mehr, als nur der Gegenwert von fünf Café crèmes. Das ist vorausschauende Finanzpolitik.

Markus Wanner (1962, Niederuster) ist Betriebsökonom FH und Finanzverwalter einer Gemeinde im Zürcher Unterland. Er ist seit 2010 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 6.

Gemeinderatswahlen: Seyhan Kâhya über die Jugendpolitik in der Stadt Uster

Die Stimme der Jugendlichen muss gehört werden

Die Politik hat allzu oft die Tendenz, über die Köpfe der Jugendlichen hinweg zu entscheiden. «Wir wissen schon, was für Euch gut ist» – so oder so ähnliches hört man immer wieder. Eine ziemlich arrogante Haltung. Eigentlich wissen die Jugendlichen selber am besten, was für sie richtig ist, was sie brauchen. Deshalb sollen die Jugendlichen auch in der Stadt Uster eine Stimme haben. Doch diese muss dann auch gehört werden.

Von Seyhan Kâhya

Als ich vor sechs Jahren bei den JungsozialistInnen Zürcher Oberland in die Politik eingestiegen bin, so vor allem aus einer grossen Motivation heraus: die Mitsprachemöglichkeiten der Jugendliche zu stärken. Kurz zuvor war im Kanton Glarus das Stimmrechtsalter 16 eingeführt worden und ich finde, das sollte auch im Kanton Zürich möglich sein. Als ich vor zwei Jahren dann die Möglichkeit hatte, in den Gemeinderat nachzurutschen, nahm ich diese Gelegenheit sehr gerne wahr, denn es braucht Jugendliche, die Jugendliche vertreten, auch im Parlament. Doch mit Vertreten alleine ist noch nichts getan.

Mitsprache der Jugendlichen fördern

Jugendliche sollen in unserer Stadt mehr Mitsprache erhalten, sie brauchen Raum und Platz, wo sie sich entfalten können, wo sie ihren Lebensweg entdecken und ausprobieren können. Und wenn sie diesen Raum und diesen Platz erhalten, dann sind sie auch bereit anzupacken, sich aktiv einzubringen.

Im Gemeinderat diskutieren wir zur Zeit die Einführung eines Jugendvorstosses. Damit sollen Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren ein politisches Vorschlagsrecht erhalten und mit 20 Unterschriften eine Forderung an die städtische Politik richten können. Dieses Instrument ist zu begrüßen, aber es muss dann von der Politik auch ernst genommen werden. Lehnt sie später einfach jede Idee und jede Forderung nach dem Motto «wir wissen schon, was für Euch gut ist» ab, dann wird das neue Instrument zu Frustrationen führen und wäre am Ende sogar kontraproduktiv. Deshalb: Es reicht nicht, den Jugendlichen eine Stimme zu geben, man muss sie auch hören wollen.

Und die Politik muss auch bei der Zuwendung der finanziellen Mittel die Interessen der Ju-



Seyhan Kâhya vor dem Freizeit- und Jugendzentrum: «Jugendliche brauchen Platz und Raum, wo sie sich entfalten können.»

gendlichen besser berücksichtigen. Allzu oft habe ich es erlebt – und aktuell gibt es schweizweit viele Beispiele dafür –, dass unter kräftiger Mitwirkung der bürgerlichen Seite Sparanträge zulasten der Jugend beschlossen oder aber nach mehr Repression und Kontrolle der Jugendlichen verlangt wurde. Das ist grundfalsch!

Ausbildungsplätze für alle

Zu einer jugendfreundlichen Stadt gehört auch, dass angemessene Freizeitangebote für Jugendliche vorhanden sind. Wichtig sind insbesondere ausreichend Räumlichkeiten für ihre Bedürfnisse. So braucht es neben dem Freizeit- und Jugendzentrum vor allem mehr Probe- und Eventräume. Auf dem Zeughaus-Areal liesse sich ein entsprechendes Angebot realisieren. Und Jugendliche benötigen einen guten Start ins Berufsleben. Dazu gehört auch die Chance, sich in der Arbeitswelt beweisen zu können. Nichts ist für die Entwicklung junger Menschen wichtiger als ein geglückter Übergang von der Schule in die Arbeitswelt. Die Stadt Uster muss hier mit gutem Beispiel vorangehen und genügend

Lehrstellen in der Stadtverwaltung oder bei den der Stadt gehörenden Betrieben (Energie Uster, Heime) schaffen. Sie muss sich aktiv bei der Wirtschaft dafür einsetzen, dass diese Lehrstellen und Lehrstellenverbünde schafft. Und sie muss bei der Vergabe von Aufträgen konsequent darauf achten, dass sie bevorzugt Firmen mit Lehrlingen berücksichtigt.

In meinem Studium lerne ich zur Zeit die Herangehensweise einer ehemaligen Ingenieurwissenschaft: Zielorientiert einen praktischen Nutzen aus den Erkenntnissen der natur- und sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung zu finden. Diese Denkart möchte ich in den nächsten vier Jahren in meine parlamentarische Arbeit übertragen und mich dort für die Teilhabe Jugendlicher stark machen. Denn Uster verträgt mehr Demokratie!

Seyhan Kâhya (1991, Kirchuster) studiert an der ETH Zürich Agrarwissenschaften. Er ist seit 2012 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Planung und Bau. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 7.

Gemeinderatswahlen: Kathrin Agosti über Integrationsmassnahmen in der Stadt Uster

Integration beruht immer auf Gegenseitigkeit

Die beiden Begriffe «Gemeinde» und «Gemeinschaft» haben nicht per Zufall den gleichen Wortstamm: In der kleinsten Einheit unseres Staatswesens sollen alle Menschen ihren Platz finden, sollen alle Menschen dazugehören können. Doch das passiert nicht von alleine, Integrationsbemühungen und -angebote sind in verschiedenen Lebens- und Politikbereichen erforderlich. Sie zahlen sich unter dem Strich auch finanziell aus.

Von Kathrin Agosti

Wenn wir von Integration sprechen, ist es meistens klar, wer sich da in was zu integrieren hat: Ausländische Staatsangehörige in die schweizerische Gesellschaft, Kranke in die Arbeitswelt und verhaltensauffällige Kinder in die Regelklasse. Wenn wir Integration aber wirklich ernst nehmen wollen, lohnt es sich, diesen Reflex einmal zu hinterfragen. Sind es nur die Ausländerinnen und Ausländer, die von aussen zu uns kommen und sich anpassen müssen? Oder leben wir nicht längst in einer Gesellschaft, die auf verschiedene Weise international ist? Oder ist die Regelklasse, in die ein Kind integriert werden soll, nicht auch einfach eine Gruppe von Kindern mit unterschiedlichsten Bedürfnissen?

Heterogenität leben

Bei solchen Überlegungen wird schnell klar: Integration kann nicht nur in eine Richtung gehen. Es muss ein gegenseitiges Aufeinanderzugehen sein. Offenheit und Hinterfragen der eigenen Identität gehören auch dazu. Wir müssen Heterogenität und Wandel in unserer Gesellschaft akzeptieren.

In Uster ist diese Heterogenität glücklicherweise immer wieder erleb- und fassbar, auch weil dank hier beheimateter Institutionen wie dem Wagerhof oder dem Werkheim viele Menschen mit Behinderungen in der Stadt anzutreffen sind. Diese sozialen Einrichtungen leisten viel wertvolle Arbeit bei der beruflichen Integration und bereichern gleichzeitig – zum Beispiel mit dem vom Werkheim betriebenen Stadtparkcafé – auch das kulinarische und soziale Angebot unserer Stadt.

Sprachliche Frühförderung

Klar ist: Integration setzt Kommunikation voraus. Und deshalb spielt die gemeinsame Sprache



Kathrin Agosti vor dem Stadtparkcafé: «Integration bedeutet immer ein gegenseitiges Aufeinanderzugehen.»

eine zentrale Rolle. Sprache ist der Schlüssel zu Bildung und zu sozialer Integration. Es ist wichtig, dass alle Kinder beim Eintritt in den Kindergarten über genügende sprachliche Fähigkeiten verfügen. Sind sie sprachlich ungenügend vorbereitet, profitieren sie weniger von der schulischen Förderung und werden Schwierigkeiten haben, diesen Bildungsrückstand später wieder aufzuholen. Werden Kinder mit Sprachdefiziten bereits vor dem Schuleintritt gefördert, kann viel Geld für Stütz- und Förderunterricht und später in der Sozialhilfe eingespart werden.

In der Stadt Uster gibt es bereits Angebote in diese Richtung wie Spielgruppen, Deutschkurse für fremdsprachige Kleinkinder oder Angebote in Kinderkrippen. Es bestehen bei uns aber weiterhin grosse Lücken, die geschlossen werden sollten.

Ein Blick nach Basel lohnt sich da: Dort werden Eltern von Kindern mit mangelnden Deutschkenntnissen dazu verpflichtet, diese an zwei halben Tagen pro Woche in ein familienexternes Betreuungsangebot zu schicken, um ihre Sprachfähigkeiten zu verbessern.

Voneinander profitieren

Generell darf Integrationspolitik nicht nur an einem Punkt ansetzen. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikbereiche miteinbeziehen muss. Neue Angebote wie Sprachförderung im Vorschulbereich oder Erstgespräche mit neu zugezogenen ausländischen Personen müssen auf- und ausgebaut werden. Um eine kohärente Integrationspolitik zu gewährleisten, müssen die unterschiedlichen Massnahmen der Stadt besser koordiniert werden. Dabei muss man nicht immer das Rad neu erfinden: Viele Gemeinden in der Region leisten bei der Integration von ausländischen Staatsangehörigen bereits vorbildliche Arbeit. Durch eine bessere Zusammenarbeit in der Region und im Kanton können wir davon profitieren.

Kathrin Agosti (1964, Rehbühl) ist Physiotherapeutin und Juristin und arbeitet bei der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich. Sie ist Mitglied der Fachkommission Gesundheit der SP Kanton Zürich. Sie kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 8.

Gemeinderatswahlen: Monika Fitze zur Stadtentwicklung von Uster

Wecken wir das Zentrum aus dem Dornröschenschlaf

Uster hat, so sagt man, kein richtiges Zentrum. Und auch wenn das richtig ist: Uster hat gleichzeitig ein Zentrum mit viel Potenzial. In den nächsten Jahren stehen bei vielen Arealen Veränderungen an. Was es aber braucht, um das Zentrum aus seinem Dornröschenschlaf zu wecken, ist eine umsichtige Planung, welche die Menschen miteinbezieht. Dann besteht die Chance, dass wir in ein paar Jahren auf unser richtiges Zentrum richtig stolz sein dürfen.

Von Monika Fitze

Vor zwölf Jahren sind wir mit drei kleinen Kindern von Zürich nach Uster gezogen. Frisch angekommen, suchte ich das öffentliche Leben in unserer neuen Heimat. Ich packte Kind und Kegel und spazierte zum Stadtpark. Dort wollte ich Menschen treffen und den Kindern Spiel und Spass unter ihresgleichen ermöglichen. So wie in Zürich, wo unser Leben stark im öffentlichen Raum, im Park und im Café stattfand. Nicht so in Uster: Unsere Picknickdecke blieb damals die einzige am Weiher.

Entwicklung zum Positiven

Glücklicherweise ist in den letzten zwölf Jahren in Uster viel passiert. Im Stadtpark entstand ein Café, das den Ort im Sommer zu einem wichtigen Begegnungsort macht. Und manchmal werden auch Orte belebt, die gar nicht dafür vorgesehen waren. So etwa am Hinterausgang des Illusters, wo sich eine Art Piazza entwickelt hat, schattig zwar und etwas unwirtlich, aber nirgends treffe ich nach dem Einkauf so viele Leute wie dort.

Es ist klar: Die Bevölkerung von Uster wünscht sich für unsere Stadt ein attraktiveres Zentrum, attraktive Läden, viel Raum zum flanieren und verweilen. Uster hat die grosse Chance, sein Zentrum jetzt aus dem Dornröschenschlaf zu wecken und neu zu definieren. Der entsprechende Prozess ist, auch dank Vorstössen der SP im Gemeinderat, angestossen und man hat den Eindruck, dass nun alle an einem Strang ziehen und sich nicht primär von Einzelinteressen leiten lassen.

Auf verschiedenen Arealen wird zur Zeit geplant, am fortgeschrittensten sind die Ideen für «Zentrum Süd». Doch weitere Gebiete werden schon bald folgen: rund ums Bezirksgebäude und natürlich das Zeughaus-Areal. Hier hat die



Monika Fitze im Stadtzentrum von Uster: «Im Zentrum der Stadtentwicklung steht der Mensch.»

Stadt ein Konzept entwickelt, das nun Schritt für Schritt umgesetzt werden muss. Wenn es uns hier gelingt, einen guten Mix von Kultur, Gewerbe und Wohnen anzusiedeln und das Areal an das bestehende Zentrum anzuschliessen, so erhält Uster endlich ein attraktives Zentrum.

Verkehrsberuhigtes Zentrum

Zu einer umsichtigen Planung gehört auch eine vorausschauende Verkehrspolitik. So würde etwa eine Unterführung Winterthurerstrasse den Verkehr genau zwischen Zentrum und Zeughaus-Areal leiten und die städtebauliche Idee zunichte machen. Darüberhinaus muss das Zentrum aber auch verkehrsberuhigt und entschleunigt werden. Nur so stellt sich letztlich eine urbane Lebensqualität ein, die zum flanieren und einkaufen einlädt.

Nicht zuletzt dürfen wir aber auch nicht vergessen, dass Stadtentwicklung mehr ist als Hochbau. Im Zentrum der Stadtentwicklung steht der Mensch. Wir müssen uns heute damit beschäftigen, mit welcher Nutzung wir das öffentliche

Leben fördern wollen. Welche Anreize fördern die Ansiedlung innovativer und attraktiver Läden statt gesichtsloser Kleiderketten? Wie kann sich die Stadt verhalten, dass neben kommerziellen Angeboten etwa auch die Jugend einen Platz im neuen Zentrum findet? Dass gelebt, gewohnt und gearbeitet werden kann, dass Begegnungsorte entstehen? Dazu braucht es eine breite Diskussion ohne Scheuklappen.

Vergangenen Herbst waren Freunde aus Zürich zu Besuch. Wir führten sie mit einem gewissen Stolz auf das Zellweger-Areal, um ihnen das neu erschlossene Quartier zu zeigen. Der Rückweg ins Zentrum führte uns über den Stadtpark. Das Café verlockte uns zu einem kühlen Bier und mit Freude registrierten wir, dass sich viele auf ihren Picknickdecken im Park niedergelassen hatten.

Monika Fitze (1965, Oberuster) ist Kindergärtnerin und Heilpädagogin. Sie arbeitet in Beratung und Weiterbildung im Schulbereich. Sie kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 9.

Gemeinderatswahlen: Florin Schütz über die Energiepolitik in Uster

Die Energiewende jetzt auch lokal umsetzen

Dass der Klimawandel real ist und dass es Massnahmen dagegen braucht, sollte inzwischen allen klar geworden sein. Das von der SP seit vielen Jahrzehnten geforderte Umdenken in Sachen Energie- und Umweltpolitik hat endlich stattgefunden. Was jetzt aber noch nötig ist, ist die Umsetzung. Diese lässt sich lokal oftmals besser durchführen als im globalen Bereich.

Von Florin Schütz

Die Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien hat in den letzten Jahren starke Fortschritte gemacht und es lohnt sich mittlerweile auch für Privathaushalte auf erneuerbare Energien zu setzen. Hierzu muss man der Bevölkerung aber auch gewisse Anreize geben, sei dies mit Fördergeldern oder Steuerabzügen. Der Wille der Bevölkerung auf erneuerbare Energien umzusteigen ist vorhanden, besonders auch weil immer mehr Menschen verstanden haben, dass die Atomenergie keine Zukunft mehr hat, wie das Unglück von Fukushima auf tragische Weise verdeutlicht hat.

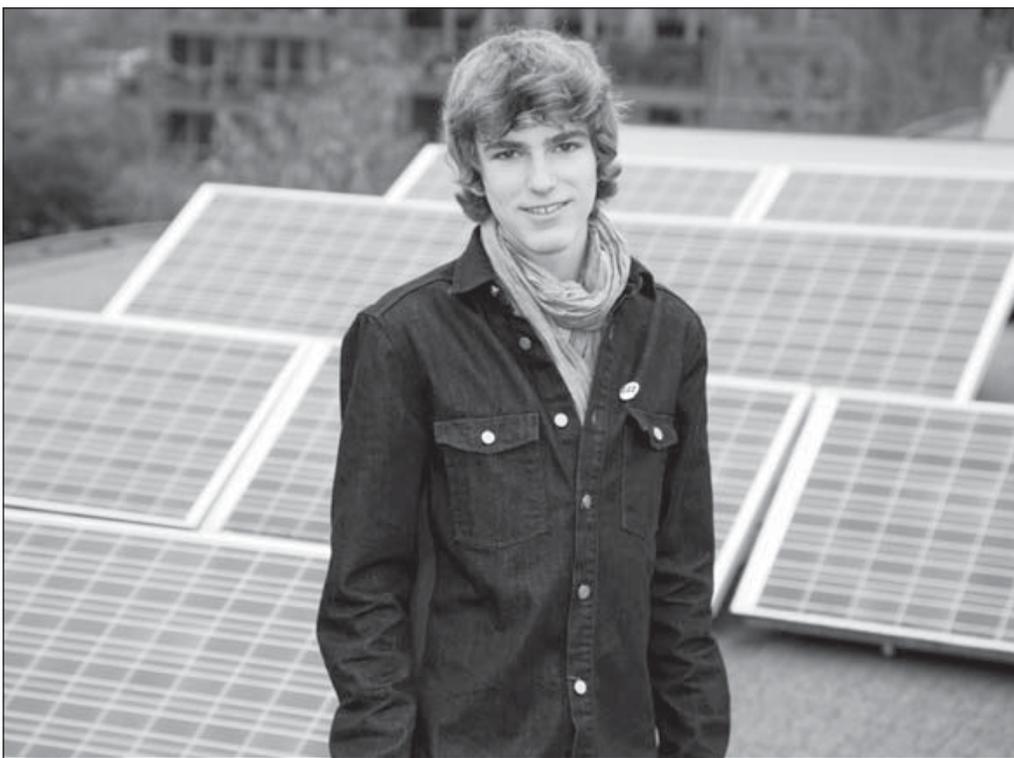
Dieser Wille sollte jetzt akzeptiert und unterstützt werden. Und Uster hat die Möglichkeit in diesem Bereich eine Vorreiterrolle zu übernehmen und sich als ökologisch vorbildliche Stadt zu etablieren.

Ökologie vor Profit

Wenn die Stadt Uster will, dass die Bevölkerung vermehrt ökologisch handelt, so sollte sie dafür mit gutem Vorbild vorangehen. Das heisst, dass sie bei neuen Projekten und Bauten nicht nur auf den Profit schaut, sondern auch deren ökologischen Aspekte genauer betrachtet. Gerade bei der Auswahl von Baumaterialien lässt sich viel verändern. Null- und Plusenergiehäuser sind heute kein Problem mehr. Öffentliche Gebäude sollten zudem wenn immer möglich durch erneuerbare Energien mit Strom und Wärme versorgt werden.

Weiteres Potenzial, das es zu nutzen gilt, gibt es beispielsweise bei Holz- oder Pelletheizungen, sowie bei der Realisierung von effizienten Wärmeverbundsystemen für das Spital oder für die Sportanlagen.

Dass sich ökologische Projekte finanziell in den meisten Fällen rechnen, weiss man heute. Doch auch wenn dem einmal nicht so sein sollte, darf die Kostenfrage nicht immer an erster Stelle



Florin Schütz vor einer Solaranlage am Talweg: «Der Wille der Bevölkerung auf erneuerbare Energien zu setzen ist vorhanden.»

stehen. Wollen wir im Interesse zukünftiger Generationen handeln, so darf man auch höhere Kosten nicht scheuen.

Mehr Mitsprache für das Volk

1999 wurden die Stadtwerke Uster in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Zwar besitzt die Stadt momentan noch alle Aktien der Energie Uster AG, doch aus ökologischen Gründen wäre eine Demokratisierung und die Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt von grossem Nutzen. Denn es ist nun mal so, dass für eine AG der Profitgedanke an oberster Stelle steht und nicht die Interessen der Bevölkerung. Teure, beziehungsweise unrentable, Umweltprojekte haben daher einen schwereren Stand. Zudem ist es durchaus möglich, dass die Stadt Uster irgendwann einen Teil der Aktien zur Finanzierung anderer Projekte verkauft und so weiter an Einflussmöglichkeiten verliert.

Aber auch aus Transparenzgründen wäre eine Umwandlung der AG enorm wichtig: Eine öffentlich-rechtliche Anstalt ist verpflichtet, ihre Aktionen zu dokumentieren, eine Aktiengesellschaft hingegen ist da deutlich undurch-

schaubarer und kann auch etliches im Hintergrund, ohne das Mitwissen der Bevölkerung, durchführen. Dass dabei immer im Interesse des Gemeinwohls gehandelt wird, darf durchaus bezweifelt werden.

Für mich ist klar: Die energiepolitischen Ziele der Stadt Uster können nur durch eine öffentlich-rechtliche Anstalt optimal durchgesetzt werden, da diese im Gegensatz zu einer AG demokratisch gesteuert wird. Momentan beschränkt sich der Stadtrat mehr oder weniger darauf, Beschlüsse der Energie Uster AG zur Kenntnis zu nehmen und abzunicken.

Solange diese Umwandlung noch nicht geschehen ist, liegt es an der Stadt als Alleinaktionärin, die Energie Uster AG auf einen ökologischen Kurs zu bringen. Dies wäre etwa mit einer Anpassung des Strommixes möglich, der noch immer einen ansehnlichen Teil aus nicht erneuerbaren Energien enthält.

Florin Schütz (1996, Oberuster) ist Gymnasiast und steht kurz vor der Maturaprüfung. Er ist Mitglied des Vorstandes Juso Zürich Oberland. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 10.

Gemeinderatswahlen: Laurent von Rotz über die Bedeutung eines aktiven Vereinslebens

Von einem vielfältigen Vereinsleben profitieren alle

Uster hat es sich zur Aufgabe gemacht, Vereine zu unterstützen. In der heutigen Zeit von schwindenden Einnahmen keine Selbstverständlichkeit. Trotzdem lohnt sich das Engagement einer Vereinsförderung, denn die Vereine sind das Rückgrat des sozialen und kulturellen Lebens in unserer Stadt. Und sie erbringen eine riesige Integrationsleistung, bringen Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen zusammen, bauen so Missverständnisse und Vorurteile ab.

Von Laurent von Rotz

Die Schweiz, so sagt man, sei ein Land der Vereinsmeier, wobei im Wort «Vereinsmeier» normalerweise ein etwas despektierlicher Unterton mitschwingt. Völlig zu unrecht, denn eine Schweiz ohne ein aktives Vereinsleben würde viel von seiner Attraktivität verlieren. Sowohl in Sport- oder Kulturvereinen treffen Menschen aufeinander, die ein gemeinsames Interesse oder ein gemeinsames Ziel verfolgen und stärken damit den Gemeinsinn. Oder noch kürzer: Vereine schaffen Heimat.

Beitrag zur Integration ist riesig

Als Präsident des Quartiervereins Niederuster weiss ich um die Wichtigkeit der verschiedenen Quartier- und Dorfvereine. Besonders für eine Wohnstadt in der Grösse von Uster ist der Gemeinsinn im Quartier wichtig, damit Orte nicht plötzlich leer und die Einwohnerinnen und Einwohner sich nicht fremd werden. In der heutigen Zeit, mit fortschreitender Unverbindlichkeit ist es wichtig, dass die Quartier- und Dorfvereine aktiv sind und ein aktives Quartierleben ermöglichen.

Vereine bringen aber auch Menschen aus ganz unterschiedlichen Kreisen zusammen. Im Fussballclub kickt der Sohn reicher Eltern neben dem des einfachen Arbeiters. Doch trotz unterschiedlichen Hintergründen kämpft man gemeinsam für den sportlichen Erfolg, lernt den Respekt gegenüber anderen Menschen, baut Vorurteile ab. Den Beitrag, den Vereine im Bereich der Integration von Jugendlichen leisten, kann schlicht nicht überschätzt werden. Und deshalb ist es wichtig, dass die Stadt Uster wo immer möglich die Vereine in der Jugendförderung unterstützt und ihre Arbeit honoriert.



Laurent von Rotz vor der Mühle Niederuster: «Wir sollten der Vereinsvielfalt in Uster Sorge tragen, denn Vereine schaffen Heimat.»

Im Bereich der Erwachsenen und Familien steht der Integrationsbeitrag vielleicht nicht mehr ganz so stark im Vordergrund. Hier geht es mehr darum, mit Gleichgesinnten den Austausch zu suchen, ein Hobby zu pflegen. Dennoch geben sich die Mitglieder eines Vereins auch ausserhalb der eigentlichen Vereinsaktivitäten Halt, unterstützen sich in schwierigen Situationen. Diese Hilfe entlastet letztlich auch den Staat, der deshalb für dieses unentgeltliche Engagement, das in Vereinen geleistet wird, dankbar sein muss.

Wie die Vereine unterstützen?

Wie können nun aber Vereine durch die Stadt in ihrer Arbeit unterstützt werden? Dazu gibt es viele Möglichkeiten, die vom Erlass von Bewilligungsgebühren über die Eröffnung von Einnahmequellen (als Beispiel sei das Papiersammeln durch die Vereine genannt) bis hin zur finanziellen Abgeltung der Vereinsarbeit reichen. Für letzteres sollten die Vereine aber gewisse Vorgaben erfüllen müssen. Zum Beispiel

der, dass der Verein jedem und jeder offen stehen muss. Es soll ja nicht das Hobby einer kleinen, abgeschotteten Gruppe finanziert werden, sondern die Gemeinschaft einen Mehrwert erhalten. Gerade die Integrationsleistung von Jugend- und Sportvereinen sollte finanziell unterstützt und abgegolten werden.

In Uster gibt es zur Zeit 280 Vereine. Das ist beeindruckend und wir sollten darauf bedacht sein, diese Vielfalt zu erhalten. Die Politik hat sich, was nicht immer so war, zur Vereinsförderung bekannt. Ich bin aber der Meinung, dass wir diesbezüglich noch nicht am Ende unserer Möglichkeiten sind und will mich deshalb für eine Stärkung dieser Vereinsförderung einsetzen. Denn wer sich für Uster als seinen Wohnort entscheidet, soll hier auch eine Heimat finden. Und Vereine gehören da unbedingt dazu.

Laurent von Rotz (1973, Niederuster) ist Jugendpolizist bei der Stadtpolizei Uster und Präsident des Quartiervereins Niederuster. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 11.

Gemeinderatswahlen: Karin Niedermann über die Mobilität in Uster

Uster ist eigentlich eine ideale Velostadt

Uster ist in den letzten beiden Jahrzehnten stark gewachsen. Und mehr Leute bedeutet auch mehr Mobilität, mehr Fahrzeuge, ohne dass aber dafür mehr Raum zur Verfügung stehen würde. Darum ist schon lange klar: Wir müssen unser Mobilitätsverhalten anpassen, wenn wir den urbanen Lebensraum für die Menschen erhalten wollen. Für Uster bedeutet das die Förderung des Langsamverkehrs, was unsere Stadt aber, das zeigen Beispiele anderer Städte, umso attraktiver machen würde.

Von Karin Niedermann

Die SP Uster hat im letzten Herbst mit einem eigenen Stand am Mobilitätstag teilgenommen und dabei auf Karten das Mobilitätsverhalten der Ustermerinnen und Ustermer aufgezeichnet. Das Resultat zeigt, dass der Langsamverkehr, also unterwegs sein zu Fuss oder mit dem Velo, in Uster einen hohen Stellenwert geniesst. Gleichzeitig hat sich aber auch gezeigt, dass es bezüglich Veloverkehr erhebliche Sicherheitsmängel gibt. Die kritischen Punkte sind hierbei stark befahrene Kreuzungen, mangelhafte Kenntnisse, wie Kreisel richtig befahren werden, aber auch missverständliche oder von Velo- und Autofahrenden nicht beachtete Signalisierungen.

Andere Städte machen es vor

Sicherheit ist ein zentraler Aspekt, wenn es um die Förderung des Langsamverkehrs geht. Nur Velofahrende, die sich sicher fühlen, bewegen sich auch sicher im Verkehr und sind damit auch für andere ein kleineres Risiko. Bauliche Massnahmen sind dafür oft zwingend und machen finanzielle Investitionen nötig, die sich aber dank weniger Unfällen und flüssigerem Verkehr schnell auszahlen. Risikosituationen entstehen durch falsche oder aggressive Verhaltensweisen, aber vor allem auch durch zu wenig klar getrennte Verkehrsflächen für Auto- und Velofahrende oder abrupt abbrechende Velospuren.

Der Bericht Velostadt Uster von 2011 zeigt viele mögliche Verbesserungen auf, die aber nur sehr zögerlich angegangen werden. Hier muss die Stadt mit mehr Energie an die Arbeit, zumal der Bericht zum Schluss kommt, dass das Stadtzentrum rund um den Bahnhof für den Langsamverkehr ideal geeignet ist und zu einer Entschärfung der Verkehrssituation beitragen kann.



Karin Niedermann vor dem Velopark Bahnhof Ost: «Der Langsamverkehr sorgt für mehr Verkehrssicherheit und macht Uster auch als Einkaufsstadt attraktiv.»

Die VZO sehen sich inzwischen ja gezwungen, den Verkehr auf der Bankstrasse direkt beim Bahnhof zu regulieren, damit die Busse überhaupt noch fahren können – ein klares Indiz dafür, dass das Zentrum überlastet ist. Die Förderung des Langsamverkehrs im Stadtzentrum, das zeigen andere Städte wie Winterthur, Burgdorf und Zürich, würde viel zu einer Steigerung der Attraktivität beitragen und die geplante Entwicklung des Zentrums als Ort der Begegnung aktiv unterstützen. Nicht vergessen werden sollte zudem, dass der Langsamverkehr auch aus Sicht der Gesundheitsförderung sinnvoll ist: Zu Fuss gehen und Velo fahren beugt vielen gesundheitlichen Problemen vor.

Öffentlichen Verkehr stärken

Die Stadt Uster hat nicht nur im Zentrum hervorragende Chancen, eine richtige Velostadt zu werden, sondern auch darüber hinaus. Die Naherholungsgebiete rund um Uster – der See, die Waldgebiete, aber auch die Sportanlagen – liegen alle nicht weit vor der Türe unserer Stadt. All diese Ziele sind bequem per Velo erreichbar.

Doch auch hier gilt: Die Verkehrswege müssen sicher sein. Sicherheitsmängel sind einerseits eine Gefahr für alle, andererseits aber immer auch ein Hinderungsgrund wirklich das Velo zu benutzen.

Nun kann zugegebenermassen nicht jeder Mann und jede Frau einfach so auf das Fahrrad umsteigen. Ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen aber auch Familien mit Kindern sind auf ein leistungsfähiges Busnetz mit benutzerfreundlich platzierten Haltestellen angewiesen. Inzwischen ist unter der Woche fast jedes Quartier im Viertelstunden-Takt erschlossen. Das ist aber kein ungebührlicher Luxus, sondern ein weiterer Baustein im Kampf gegen den zunehmenden Autoverkehr innerorts. Deshalb gilt es den öffentlichen Verkehr gegen unnötige Sparübungen zu verteidigen.

Karin Niedermann (1964, Rehbühl) ist Physiotherapeutin und Dozentin an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (zhaw). Sie ist Mitglied des Vorstandes der SP Uster. Sie kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 12.

Abstimmungen vom 30. März: Zweimal Ja zur Sanierung und Erweiterung des Hallenbad Buchholz

Mehr Wasser für alle Schwimmbegeisterten

sf. Neben den Stadt- und Gemeinderatswahlen steht am 30. März auch eine Sachabstimmung auf dem Abstimmungsprogramm der Stadt Uster, nämlich der Baukredit für die Sanierung und Erweiterung des Hallenbads Buchholz. Eine Sanierung des Hallenbads ist in den Augen der SP Uster überfällig, eine Erweiterung angesichts der Ansprüche von Schule, Vereinen und anderen Schwimmbegeisterten unausweichlich. Für die SP ist zudem selbstverständlich, dass das neue Hallenbad den Energiestandard Minergie Plus aufweisen muss. Die SP Uster unterstützt deshalb die Vorlage und empfiehlt den Stimmberechtigten am 30. März zweimal ein Ja. Das Hallenbad Buchholz gehört ohne Zweifel zu den wichtigsten Sportstätten der Stadt Uster. Allerdings ist es langsam in die Jahre gekommen: Vor 25 Jahren wurde es letztmals saniert und erweitert. Eine Sanierung ist deshalb angezeigt. Und auch eine Erweiterung ist überfällig: Bei der

letzten Sanierung zählte die Stadt Uster rund 25'000 Einwohnerinnen und Einwohner, heute sind es fast 10'000 mehr. Es ist offensichtlich, dass ohne eine Erweiterung inskünftig nicht mehr alle Ansprüche von Schulen, Vereinen und anderen Schwimmbegeisterten befriedigt werden könnten. Insbesondere reicht heute der Platz mit vier 25-Meter-Bahnen zum Schwimmen während den Spitzenzeiten am Abend für die Öffentlichkeit nicht mehr aus. Es ist klar: Uster braucht mehr Wasser! Zugegeben: Investitionen von etwas über 30 Millionen Franken sind für die Stadt Uster kein Pappenstiel. Doch das Geld wird gut investiert: Die Stadt Uster erhält so ein zusätzliches 50 Meter-Becken mit zehn Bahnen sowie zur Attraktivitätssteigerung einen Wellnessbereich und ein neues Kinderplanschbecken. Und mit Mehrkosten von nur einem Prozent kann der Minergie Plus-Standard umgesetzt werden.

Konkret bedeutet dies, dass das Gebäude besser isoliert wird und das Warmwasser mit Sonnenkollektoren auf dem Dach anstelle einer Gasheizung erwärmt wird. Das hilft fossile Brennstoffe und damit Betriebskosten zu sparen, so dass sich die verhältnismässig geringe Investition betriebswirtschaftlich auszahlt. Die SP Uster ist überzeugt, dass die Sanierung und die Erweiterung des Hallenbades für eine Stadt wie Uster, welche zurecht auf ihren erfolgreichen Schwimmclub Stolz ist, unabdingbar ist. Mit Zufriedenheit nimmt sie auch zur Kenntnis, dass der Bund und der Kanton Zürich sich mit rund 7,5 Millionen Franken am Projekt beteiligen. Die SP hat dem Baukredit und dem Kredit für den Minergie Plus-Standard im Gemeinderat zugestimmt und empfiehlt den Stimmberechtigten am 30. März zweimal ein Ja in die Urne zu legen.

So wählen Sie am 30. März richtig

Wahlzettel
für die Erneuerungswahl
des Stadtrates

6 Mitglieder:

- Barbara Thalmann
- Esther Rickenbacher
-
-
-
-

Stadtpräsident/in
(Sie wählen aus den oben erwähnten Mitgliedern)

Barbara Thalmann

Wahlzettel
für die Erneuerungswahl
der Primarschulpflege

13 Mitglieder:

- Bekler Claudia, 1960, Sekundarlehrerin
- Bernet Patricia, 1971, Biologin, Geschäftsführerin
- Borer Patrick, 1988, Journalist, Stv. Geschäftsführer
- Bruggolf Kathrin, 1981, Ergotherapeutin
- Geyer Janine, 1976, Hausfrau
- Karl Sandra, 1965, Kommunikationsberaterin
- Martinez Solana Celia, 1973, Informatikerin
- Müller Erika, 1954, Ausbilderin/Berufsschullehrerin
- Pellegrini Rosetta, 1975, Kaufmännische Mitarbeiterin, Hausfrau
- Pfister Alexandra, 1976, Heizungstechnikerin/Hausfrau
- Reilly Susanna, 1960, kaufmännische Angestellte
- Ulmer Fredy, 1958, Leiter Stützpunktteam
- Zavotti Marco, 1962, Stabsmitglied/Verbandsleiter

Primarschulpräsident/in
(Sie wählen aus den oben erwähnten Mitgliedern)

Patricia Bernet

Stadtrat:
Nehmen Sie den leeren Wahlzettel für den Stadtrat und tragen Sie darauf Barbara Thalmann und Esther Rickenbacher ein. Achtung: Barbara Thalmann muss zweimal eingetragener werden: Oben bei den Stadtratsmitgliedern und unten beim Stadtpräsidium.

Primarschulpflege:
Nehmen Sie den vorgedruckten Wahlzettel mit dem Vorschlag der Interparteilichen Konferenz (IPK), auf dem auch Patricia Bernet aufgeführt ist. Bei den 13 Namen oben brauchen Sie nichts zu verändern, tragen Sie aber unten auf der leeren Linie für das Präsidium Patricia Bernet ein.

Gemeinderatswahlen:
Nehmen Sie den vorgedruckten Wahlzettel der Liste 2 Sozialdemokratischen Partei Uster. Sie maximieren die Stimmkraft der SP am besten, wenn Sie den Zettel unverändert ins Wahlcouvert bzw. die Urne werfen.

Und nicht vergessen:
Den Stimmrechtsausweis unterschreiben! Nur dann wird Ihre Stimme gezählt. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!